Einzelverkaufspreis : 1.50 mark incl. 5,5 % mwst

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 101 15. 11. 1975

D 22354 C

herausgeber :
frankfurter informations-dienst e. v.
6 frankfurt 90
hamburger allee 45
tel. 0611 / 70 43 52

postadresse :
6 frankfurt 90
postfach 90 03 43

postscheckkonto :
frankfurter informations-dienst e. v.
6 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602

redaktionsschluß :
donnerstag 20 uhr

verantwortlicher redakteur : f. kern

kontaktzentren :

463 bochum-querenbg.
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 70 23 36

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 280 95 22

schweiz : eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01 / 39 12 67

monatsabo : 6 DM
gegen vorkasse

druck : eigendruck

HAUSMITTEILUNG

Betr. STREIKS IN DER BUNDESREPUBLIK

In der BRD wird trotz Nachrichtensperre gestreikt. Diese Tatsache wird weder dadurch aus der Welt geschafft, daß Organe des DGB über Streiks nach einer Anweisung nicht mehr berichten sollen, noch daß praktisch keine überregionale Berichterstattung von Arbeitskämpfen in der Presse erscheint.

Im ID soll ein Streikkalender erstellt werden, wir können jedoch diese Nachrichtensperre nur mit der Hilfe der Leser durchbrechen, deshalb:

Schickt uns Berichte der lokalen Zeitungen über Arbeitskämpfe zu, haltet die Ohren steif und teilt uns Einzelheiten von Streiks in eurer Gegend mit.

Gleich rausschneiden, in Umschlag stecken, an ID schicken!

I N L A N D

STREIK BEI ELES

BLEIDENSTADT (ID) 13. November

Vor dem Fabrikgebäude. An Bäume oder Büsche gestellt einige Plakete, handgeschrieben mit einigen der Forderungen, und Schildchen: „Dieser Betrieb wird bestreikt" mit dem Symbol der Gewerkschaft Textil und Bekleidung.

Hinter den Bäumen fängt bereits der Wald und Feld an – die Fabrik liegt am Ortsrand. Wo sie von Häusern umgeben ist, sind es Eigentumshäuser, Villen, Bungalows. Die Mittelschicht und die noch weiter oben bestimmen die soziale Struktur Bleidenstadts.

Die Streikenden sind also unter sich, Spaziergänger schauen kurz herüber, alle paar Minuten fährt ein Auto vorbei. Leute, die zu informieren, zu überzeugen wären, von denen Zustimmung, Ermutigung zu erhoffen wäre, gibt es hier nicht.

Als ich nachmittags um halb fünf ankomme, sind etwa ein Dutzend Streikende vor der Firma, davon sind vier Streikposten. Nach und nach kommen immer mehr Streikende die Straße hoch und von den Baracken neben der Fabrik. Nach einer Viertelstunde sind wir etwa 40, die Hälfte Frauen. Die meisten sprechen türkisch, andere jugoslawisch oder griechisch. Später bemerke ich einen, der genauso isoliert ist wie ich. Er ist einer der drei oder vier streikenden Deutschen.

Einige haben mit Sprechchören begonnen, die kurzen und rhythmischen greifen schnell um sich. Am meisten rufen wir „Weihnachtsgeld – Urlaubsgeld", dazu Händeklatschen. Den Gestalten hinter den Fenstern im Eingangsgebäude machen wir lange Nasen, schlenkern mit den Händen an den Ohren, tippen mit den Fingern an die Stirn. Die gegenüber machen das gleiche. Wir lachen darüber und fangen wieder mit dem Sprechchor an.

Um fünf Uhr springen die Wagen der Streikbrecher an (es sind 30, die immer noch arbeiten oder: erst während des Streiks angestellt worden sind, darunter Emigranten ohne Aufenthaltserlaubnis). Einem von ihnen wird etwas in türkisch zugerufen: er ist Betriebsratsmitglied. Von den Arbeitern als Vertreter ihrer Interessen gewählt und jetzt arbeitet er. Außerdem ist er Landsmann. Da sind die Streikenden besonders sauer.

In scharfem Tempo fährt er aus der Toreinfahrt und um die Kurve, nahe an den Streikenden vorbei. Es ist kein Zufall, daß vor einigen Tagen eine Jugoslawin angefahren wurde (s. ID 100). (Die daraufhin von der Streikleitung wie von der Betroffenen vorgebrachten Anzeigen wurden von der zuständigen Polizei in Bad Schwalbach nicht angenommen. Der Gewerkschaftsvertreter erhielt die Begründung, die Anzeige werde aus öffentlichem Interesse sowieso von der Staatsanwaltschaft behandelt werden, die Polizei bräuchte sich folglich nicht damit zu beschäftigen. – Das wäre ja nicht so schlimm, nur: wie soll die Staatsanwaltschaft von dem Vorfall erfahren, wenn nicht durch die Polizei?)

Die übrigen Wagen fahren in Kolonne heraus. Pfeifen, Buhen, Indianergeheul setzt ein, die Frauen gehen dicht an die Autos ran, spucken hinter ihnen aus. Mit dem Verschwinden der Streikbrecher setzt wieder „Weihnachtsgeld – Urlaubsgeld" ein, das lauteste, das ich hörte. Keine Spur von Resignation, Kompromißbereitschaft, trotz zwei Wochen Streik, obwohl kein Einlenken des Unternehmers Szor sich andeutet, trotz seiner Drohung mit Betriebsschließung, trotz der Kündigungen, die zwei streikende Frauen in den letzten Tagen erhalten haben, Solidarität trotz Szor's Versuch, Streikende mit 1.000 Mark Weihnachtsgeld zu kaufen.

Viertel nach fünf: noch zwei Wagen fahren weg, Pfiffe setzen ein. Der Kadett hält neben den Streikenden. Eine Gruppe türkischer Frauen kommt dichter heran. Nach einigen Sekunden springen zwei Frauen aus dem Auto, mit „Das wolln wir doch mal sehn, was hier los ist" stürzt sich eine auf ein Mädchen, versucht sie zu schlagen. Gerangel, die Frau wird festgehalten, wieder losgelassen, sie rennt herum: „Jetzt hat sie sich verdrückt, das Schwein!" und: „Mich Hure zu nennen, soll ich mir das bieten lassen? !" Drohung mit Anzeige. Der Mann im anderen Wagen kündigt an, beim nächsten Mal reinzuschlagen. „Solln se nur kommen, ich hab keine Angst", höre ich hinter mir einen sagen.

Als Streiklokal dient ein Raum der Kneipe „Zum Taunus" im Nachbardorf. An den Wänden Plakate in türkisch, Kopien der Berichte der lokalen Presse über den Streik, Solidaritätstelegramme. Ich erfahre, daß Szor immer noch dasselbe Angebot aufrechterhält, das im September die Urabstimmung auslöste, kein bißchen mehr: schrittweise Angleichung von Urlaubsdauer und -geld an die heute gültigen Tarifvereinbarungen bis 1978. In drei Jahren will auch er das, was bereits heute Rechter der Arbeiter sind, anerkennen. Und diesen Aufschub ihrer Rechte sollen die Beschäftigten bewußt unterschreiben? ! Nicht genug damit, daß Szor den Arbeitern jahrelang im Tarifvertrag verankerte Urlaubstage und Urlaubsgeld vorenthalten hat (die Arbeiter erhalten nicht Urlaubsgeld von 350 Mark, wie im ID 100 steht, sondern gar keins!), jetzt will er diesen Raub auch noch auf die nächsten Jahre absichern. Z.B. will er an Urlaubsgeld zahlen: 1976 100 Mark, 1977 200 Mark, 1978: 290 Mark. Und das, wo der z.Zt. tariflich verbindliche Satz 290 bis 350 Mark beträgt, der wiederum in der nächsten Tarifrunde erhöht werden kann.

Nicht genug mit solchen Spirenzien: Weihnachtsgeld und vermögenswirksame Leistungen zu zahlen, lehnt er ab, über Arbeitsplatz- und Verdienstsicherung sowie über den Manteltarifvertrag redet er erst gar nicht.

Derartig war die Reaktion der den Unternehmer Szor vertretenden Rechtsanwälte auf den im Mai von der Gewerkschaft Textil und Bekleidung vorgeschlagenen Tarifvertrag. Bis heute hat sie sich nicht um das geringste verbessert. Im Gegenteil: Szor will jetzt selbst jenes undiskutable Angebot zurückziehen und die bestehenden Betriebsverhältnisse vertraglich zementieren.

Ins Streiklokal kommen Gewerkschafter aus Frankfurt. Einer erzählt begeistert von einem Solidaritäts-Poster für die Streikenden, das bereits entworfen ist. Es sei richtig proletarische Kunst. (Das Poster wird ein duftes Foto mit zwei Kollegen zeigen. Darüber: „Solidarität mit den Streikenden der Firma Eles". Drunter die Streik-Forderungen.) Bestellungen sowie sonstige Anfragen und Solidaritätsadressen an:

Streikleitung der Firma Eles, 6204 Taunusstein/Hahn, Wiesbadener Str. 23, Gaststätte „Zum Taunus".

NEUE INITIATIVE GEGEN JUGENDARBEITS-LOSIGKEIT

KÖLN (ID) 11. November — Die verschiedenen Initiativen zur Jugendarbeitslosigkeit sind nach den Ferien allesamt eingeschlafen. Das Problem aber bleibt. Allein im September stieg die Zahl arbeitsloser Jugendlicher in Köln um 23%.

Jetzt haben einige Arbeitslose, Schüler, Studenten und Sozialarbeiter ein neues Komitee aufgebaut. Sie beschäftigen sich mit den persönlichen Problemen der Jugendlichen (wie und bei wem kriege ich Arbeitslosenunterstützung? Wie komme ich in Kontakt mit anderen Arbeitslosen und Arbeitenden?). Daneben fordern sie unter anderem eine automatische Übernahme jedes fertigen Lehrlings in ein Arbeitsverhältnis.

Nach Ansicht der Initiative kann man so etwas nicht abseits der Gewerkschaft durchsetzen. Obwohl die DGB-Spitze wenig Interesse am Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit zeige. So hat sie zum Beispiel die Zahl der Busfahrkarten für eine bundesweite Demonstration in Dortmund auf 20.000 beschränkt, um sie unter ihrer Kontrolle zu halten (siehe ID Nr. 98). In Paris dagegen demonstrierten kürzlich über 100.000 gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

Kontakt der Jugendarbeitslosigkeit-Initiative: Udo Bonn, Hohenzollernring 27, Tel.: 21 43 27

Treffpunkt Freitags, 19 Uhr, Studentenhaus, Bachemerstr. 27

(aus Kölner Volsblatt Nr. 11, November 1975)

C.A.R.P. & Co. in der Großoffensive

FRANKFURT (ID) 13. November — Von einigen immer noch als spinnerte Sekte belächelt, versuchen die verschiedenen mystisch-religiösen Zweige der weltweit organisierten „Vereinigungskirche" (ID 99) mit gezielten Kampagnen in der BRD so schnell wie möglich an Raum und Einfluß zu gewinnen. Zur Zeit befindet sich das gesamte Europateam der faschistischen Vereiniger in Deutschland, um, wie sie es niedlich nennen, zu missionieren.

Um möglichst viele ahnungslose Leute gleichzeitig zu erreichen, gehen sie arbeitsteilig vor. In Einkaufsstraßen und auf Marktplätzen vieler Städte treten sie als saubere Jungs und Mädels der „Gesellschaft zur Vereinigung des Weltschristentums'e.V." auf, nennen sich auch „International One World Crusdade, IOWC", „International Cultural Foundation ICF" und an Universitäten „Collegiate Association for the Research of Principles, CARP". Diese Gruppe hängt wiederum mit einer „Professors World Peace Academy PWPA" und der „Freedom Leadership Foundation FLF" zusammen. Mit Platzkonzerten, Tanzgruppen, Gesprächen und Broschüren bringen sie ihre krausen Hetzparolen unters Volk. In verschiedenen Städten (Frankfurt, München, Berlin) haben sie Zentren, zu denen Neuangeworbene eingeladen werden. Wer dabeibleibt, wird dann in regionalen Trainingszentren auf dem Land weiterbearbeitet.

Die gratis verteilte Zeitung der Vereinigungskirche „Eine Welt" bringt in lockerer Mischung sehr diffuse theologische Traktate und sehr konkrete antikommunistische Propaganda von CIA-Format. In ihren Artikeln berufen sie sich ständig auf Geheimdienstberichte. Die Dreistigkeit solcher Geschichten illustriert ein Beispiel: „Wie dringend und wertvoll die Arbeit der IOWC in unserer Zeit ist, mag ein Auszug aus den Anweisungen der KP (?, Anm.) aus dem Jahre 1970 verdeutlichen, deren Verwirklichung bisher fast widerstandslos vorangetrieben werden konnte: ‚Verdirb die Jugend, entfremde sie der Religion, wecke ihr Interesse für den Sexus. Lasse sie oberflächlich werden, zerstöre ihren jugendlichen Schwung. Entziehe dem Volk das Interesse an seinem Staat durch Fesselung seiner Aufmerksamkeit mit Sport, Sex, Trivialitäten. Versuche mit allen Mitteln den Zusammenbruch aller moralischen Tugenden von Ehrlichkeit, Sauberkeit, Mäßigung und Vertrauen auf ein gegebenes Wort!" Und dann geht es weiter gegen den moralischen und geistigen Verfall, und den allgemeinen Zersetzungsprozeß von Glaube und Recht.

Bei den Veröffentlichungen der CARP fehlt das religiöse Brimborium. Schlicht und deutlich sagen sie in ihrer Zeitung „Aktuell" für 1976 den Einmarsch der Nationalen Volksarmee voraus und verteilen Flugblätter mit der Überschrift „Niemals Kommunismus", „die Lügen des Kommunismus" und „Kommunismus ist Faschismus". In Frankfurt werden zum Schutz dieser „christlichen Studentengruppe" (Sprachgebrauch von Polizei, CDU und DPA) jeweils zwei Mannschaftswagen Polizei aufgeboten, die sich auf dem Campus breitmachen. Die aus 18 Nationen zusammengestoppelten etwa 120 Leute starken „Missionare" sind immer bemüht, den Eindruck einer mächtigen, Völker und Welten umspannenden Liebesgemeinschaft zu erwecken. Vorher waren sie in England eingesetzt, für ihre Deutschlandarbeit wurden sie im Trainingszentrum Camberg am 1. September geschult. Der deutsche Manager der Vereinigungskirche, Rev. Werner, sagte den Anwesenden, es „haben bestimmte Nationen in der Welt besondere Fähigkeiten, mit denen sie anderen Nationen und der Welt dienen können. In diesem Sinne mag man etwa Japan, den Vereinigten Staaten oder auch Deutschland besondere Bedeutung zumessen."

Viel sprechen kaum deutsch, und die, die es tun, spulen jeweils nur schauderhafte, bewußtlose Versatzstücke ihres eingetrichterten Tonbandes ab.

Mitte Oktober war auch der lebende Messias der Kirche, der Südkoreaner San Myung Mun (im ID 99 gebrauchten wir die englische Schreibweise) in Deutschland. Daß dieser Besuch nicht im großen Stil publiziert wurde, läßt darauf schließen, daß die Gruppe sich bei aller Gigantomanie momentan noch recht schwach fühlt. Für eine Bekehrungsveranstaltung mit Mun im New Yorker Madison Square Garden am 18. September 1974 wurde ganz New York mit der Parole „Erwache Amerika! Die Zeit ist gekommen" zugekleistert und ein Massenspektakel á la Reichsparteitag mit 20.000 Mann inszeniert. Als „Übersetzer" von Muns Rede fungierte jener Bo Hi Pak, der von 1961 bis 1964 Militärattaché in Amerika war und der starke Mann des südkoreanischen Geheimdienstes ist.

Wie weit der strategisch exakt geplante Einfall der Vereinigungskirche in Deutschland Erfolg hat, hängt nicht zuletzt davon ab, wie weit es glingt, Gegeninformationen über diese Sorte von Christen präsent zu haben. Wenn ihr etwas wißt, schreibt es uns, wir werden weiter darüber berichten.

KRANK SEIN UND „KRANKMACHEN"

OFFENBACH (ID) 12. November — Aus einem Rundschreiben der Geschäftsleitung der NFS-Non Food Service Reitz & Siebert KG, Offenbach, (Niederlassungen in Hamburg, München, Stuttgart, Niedersachsen, Rhein-Ruhr) an die Mitarbeiter:

„Früher, vor der großen Krankenversicherungsreform, zahlte die AOK ein Krankengeld. Vertrauensärzte überwachten die Diagnose der Hausärzte und schickten Bummelanten zur Arbeit zurück. Heute ist das anders.

Der Arbeitgeber hat sechs Wochen lang eine Lohnfortzahlung zu leisten. Der Arzt braucht eine Überprüfung durch einen Vertrauensarzt nicht mehr zu befürchten. Und viele Ärzte sammeln Krankenscheine und schreiben jedermann, auch wegen des kleinsten Wehwehchens zumindest einmal für eine Woche, arbeitsunfähig. Das „Krankmachen" ist leicht geworden und wird von vielen Zeitgenossen schamlos praktiziert. Diese Leute vergessen dabei, daß

1. es sich hierbei um nichts anderes als Betrug und Diebstahl handelt,

2. man dadurch den Betrieb schädigt, der nunmehr Lohne zu zahlen hat, ohne das Arbeitsergebnis und damit wiederum Ertrag zu erhalten. Dadurch werden die Arbeitsplätze in diesem Unternehmen stark gefährdet.
3. sie sich dabei auf den Knochen der Kollegen ausruhen, die einen Großteil der vorliegenden Arbeit mitmachen müssen.

Gerade im Interesse der ehrlichen und ordentlichen Mitarbeiter wollen wir solche Praktiken in unserem Unternehmen in Zukunft nicht mehr dulden. Wir erwarten, daß ein Mitarbeiter nur dann von seiner Arbeit fernbleibt, wenn er tatsächlich arbeitsunfähig ist. Wenn wir Drückebergern in unseren Reihen keine Chance geben wollen, müssen wir das sehr streng nachprüfen. Deshalb wollen wir in Zukunft wieder zu folgenden Selbstverständlichkeiten zurückfinden:

– Ein Mitarbeiter erhält Lohn oder Gehalt für seine Leistung. Erscheint er nicht zur Arbeit, so erhält er auch nichts. Es sei denn, er weist glaubhaft nach, daß er arbeitsunfähig ist.
– Für diesen glaubhaften Nachweis genügt es nicht, lapidar und ohne Kommentar die gelbe Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung des Hausarztes einzusenden. Diese Arztbescheinigung ist in vielen Fällen kein Nachweis für die Arbeitsunfähigkeit (siehe hierzu auch das Grundsatzurteil vom 19.10.73 des Landesarbeitsgerichtes Düsseldorf AZ 55a 580/73). Es entspricht vielmehr den primitivsten Regeln des Anstandes, daß man seinem Vorgesetzten oder der dafür zuständigen Dienststelle mitteilt, wieso und warum man nicht zur Arbeit kommen kann und wann man voraussichtlich wieder arbeitsfähig sein wird (zumal, wenn man von der anderen Seite erwartet, während dieser Zeit den vollen Lohn zu erhalten, den ja die Kollegen mit erarbeiten müssen).

  Diese Auskunftspflicht über den Grund der Arbeitsunfähigkeit ist auch in § 7 unseres Arbeitsvertrages mit Ihnen festgelegt.

  Selbstverständlich wollen wir dabei keine intimen Details, und Ihre Informationen werden streng diskret behandelt. Diese Angaben müssen jedoch so weit reichen, daß daraus auch für einen Laien die Arbeitsunfähigkeit hervorgeht.

  In manchen Fällen wird es daher erforderlich sein, daß Sie Ihren Arzt bitten, den Grund der Arbeitsunfähigkeit auf dem gelben Schein für den Arbeitgeber zu vermerken oder eine separate Begründung zu schreiben. Er wird das tun, wenn Sie ihn für diesen Fall von seiner ärztlichen Schweigepflicht entbinden und ihm sagen, daß Sie zu diesem Nachweis aufgrund Ihres Arbeitsvertrages verpflichtet sind.
– Arbeitsunfähig ist man nur dann, wenn die Krankheit oder Verletzung eine wesentliche Behinderung in der Ausübung der jeweiligen Tätigkeit darstellt.
  (Beispiel: Eine Sehnenzerrung im Fußgelenk kann für einen Lagerarbeiter unter Umständen eine Arbeitsunfähigkeit bedeuten, jedoch wohl kaum für einen Büroangestellten.)
– Arbeitsunfähig ist man nur so lange, als die Krankheit tatsächlich vorhanden ist, nicht etwa, solange der Arzt zunächst eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ausstellte.
  (Beispiel: Starke Durchfallbeschwerden / der Arzt schreibt wie üblich für acht Tage krank. / Hier kann der Mitarbeiter zumeist nach einem oder zwei Tagen wieder voll arbeitsfähig sein.)

Deshalb:
Im Falle einer Erkrankung ist es Ihre Sache, wenn Sie Lohnfortzahlung wollen, Ihre Arbeitsunfähigkeit glaubhaft nachzuweisen. Geben Sie deshalb so rasch und so umfangreich Informationen, daß irgendwelche Zweifel an Ihrer Meldung gar nicht erst aufkommen können. Wir wollen und müssen in Zukunft schärfer als bisher prüfen, ob ein Mitarbeiter krank und damit tatsächlich arbeitsunfähig ist oder nur „krankmacht". Solche Mitarbeiter können wir in Zukunft nicht mehr bei uns dulden. Das sind wir den anderen Mitarbeitern schuldig. Helfen Sie deshalb im Falle einer Erkrankung durch rasche und vollständige Information mit, daß Ihre Lohnfortzahlung ohne Verzögerung zur Auszahlung kommen kann.

Mit freundlichen Grüßen"

WICHTIGES URTEIL IN SACHEN BERUFSVERBOT

HAMBURG (ID) 10. November Folgende rechtskräftige Entscheidung des Arbeitsgerichtes Hamburg (12 Ga 37/75 v. 18.9.1975) ist für das Vorgehen gegen Berufsverbote wichtig. Das Arbeitsgericht Hamburg hat entschieden, daß die Behörde verpflichtet ist, Angehörigen des Öffentlichen Dienstes Einsicht auch in die Teile der Personalakte zu geben, in denen sie Erkenntnisse über angebliche politische Aktivitäten aufbewahrt.

Das heißt, die Behörde muß die Informationen des Verfassungsschutzes bekanntgeben.

WIE MAN SCHWARZFAHRERTIPS VERBREITET

HAMBURG (ID) 12. November In einer Hauswurfsendung mit dem Emblem des Hamburger Verkehrsverbundes wurde in der letzten Woche für eine neue Form des gemeinsamen Schwarzfahrens geworben. In dem Flugblatt heißt es:

Liebe Hamburger!

Wir sind überzeugt, daß diese Wurfsendung nicht wie die zahlreichen Werbeprospekte, die einem so ins Haus flattern, in den Papierkorb wandert, sondern gern gelesen und zum gelegentlichen Nachschlagen aufbewahrt wird.

Wie Sie sicherlich wissen, müssen wir die Fahrpreise Anfang nächsten Jahres schon wieder erhöhen, diesmal jedoch nur um ca. 8 % (im Gegensatz zu max. 30 % zu Beginn dieses Jahres). Wie immer haben die quasi unverschämt gestiegenen Personalkosten ihren Teil dazu beigetragen. ...

Außerdem gibt es unter Ihnen, liebe Hamburger, einige (das sind über 20.000!), die sagen, sie brauchen überhaupt kein Fahrgeld zu bezahlen:

1. weil sie schon ständig steigende Mieten, direkte und indirekte Steuern und Sozialabgaben zahlen und

2. weil der öffenltiche Nahverkehr doch sowieso nur die Aufgabe hat, sie zur Arbeit, zu irgendeinem Dienstherrn oder zum Geldausgeben in die City zu befördern.

Als ob diese völlig belanglosen Gründe jemanden dazu berechtigten, „schwarz zu fahren". Glücklicherweise gelang es uns bis jetzt, das in Grenzen zu halten, weil es vereinzelt durchgeführt wird. Deshalb müssen wir Sie davor warnen, sich in sogenannten „Schwarzfahrergemeinschaften" zusammenzufinden. Das sieht so aus: Ein Mitglied der beliebig großen Gemeinschaft hat eine reguläre Monatskarte. Alle anderen Mitglieder haben ständig einen 20.– Mark-Schein in der Tasche. Im Falle einer Kontrolle suchen sie nervös nach ihrer Monatskarte, haben sie angeblich vergessen und zahlen notgedrungen. Dies ist wichtig, da der Kontrolleur einen Vermerk machen kann, ob man eine Karte hat. Für die 20 Mark bekommt man eine Fahrkarte über das erhöhte Beförderungsentgelt. Innerhalb der nächsten vier Werktage geht das Mitglied mit der regulären Monatskarte zum Hochbahnhaus, zeigt die 20-Mark–Fahrkarte vor und sagt, daß es an dem bestimmten Tag seine Karte vergessen hatte. Auf diese Weise erhält das Mitglied 15 Mark zurück. Das Mitführen eines 20 Mark-Scheines ist deshalb wichtig, da man andernfalls von unseren Kontrolleuren namentlich erfaßt wird und es einem anderen Mitglied unmöglich wird, die 15 Mark auf seine Karte zurückzuerhalten.

Auch durch Leute, die zwar eine gültige Karte haben, aber das Vorzeigen lange hinauszögern und damit eventuelle Schwarzfahrer schützen, werden unsere Kontrollen erheblich beeinträchtigt.

Deshalb bitten wir Sie, nicht solche Gemeinschaften zu gründen oder zu unterstützen, da dies lediglich in Ihrem, nicht jedoch in unserem Interesse liegt. ...

Wir sehen in der Wurfsendung das Bemühen des HVV, Sie als Kunden anzusprechen und Ihnen die beste Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für Ihre individuellen Wünsche zu ermöglichen.

Ihr Hamburger Verkehrsverbund

Die Leute, die das Pech hatten, diesen Brief nicht direkt zu erhalten, konnten jedoch tags drauf in der Presse genau nachlesen, wie mans macht. Die Hamburger Morgenpost, das Abendblatt, Bild, Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Rundschau waren sich zwar

einig in der Ablehnung dieser Fälschungen – „Wer Fahrgeld stehle, sei nicht besser als ein Dieb oder Betrüger": Abendblatt über einen Kommentar des „echten" HVV – versäumten es aber nicht, genaue Details zum Schwarzfahren mitzuliefern. Überhaupt war die Verwirrung beträchtlich. Die Presse meinte, „Die Aktion der Unbekannten ist raffiniert ausgeklügelt", sie„ wollen Unruhe unter den Fahrgästen des HVV stiften". „In dem harmlos anmutenden Text" entsteht der Eindruck, „als handele es sich bei diesem Papier tatsächlich um eine Information des Verkehrsverbundes an seine Fahrgäste". „Die Geschicklichkeit der Verfasser bei der Abfassung des Textes wird selbst vom HVV zugegeben." Na prima!

KKW–BÜRGERINITIATIVE IN KASSEL

KASSEL (ID) 12. November Da auch vor die Tore Kassels – genau bei Borken – ein Atomkraftwerk gebaut werden soll, haben wir zur Verhinderung eines solchen Monsters eine Bürgerinitiative gegründet. Da wir auch Alternativen zur Kernenergie brauchen, benötigen wir:

1. Erfahrungen, wie man KKW's verhindert
2. Überlegungen alternativer Energiegewinnungen

Wir würden uns freuen, wenn uns andere Bürgerinitiativen mal ein bißchen Info-Material zuschicken würden oder uns sonst wie unterstützen könnten.

Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke, 35 Kassel, Pettenkoferstraße 34, Konto: I. Kötter, PschA Ffm. Nr. 540306-604 (Kennwort: Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerk)

Eine 24-seitige Sondernummer zum Thema Atomkraftwerke ist erschienen: Freie Presse, 633 Wetzlar, Postfach 1704. 1,30 Mark in Briefmarken beilegen oder überweisen: Pressefonds H. Stowasser, Pskto Ffm 307174-608.

TAGUNG ÜBER ALTERNATIVE TECHNIK

ESSEN (ID) 11. November Die „Katalyse-Technikergruppe" (ID 98) veranstaltet am 29./30.11.75 in Oberhausen eine Tagung zum Thema „alternative Technik". Im Vordergrund steht die Frage, welche technischen Alternativen es zu den jetzt bestehenden technischen Lösungen im Energiesektor, am Arbeitsplatz etc. gibt. Wie kann die Technik menschenfreundlicher eingesetzt werden?

Interessierte, die an der Tagung teilnehmen wollen, schreiben an: Katalyse, Karl Barth Haus, 43 Essen 1, Wittenbergstr. 14/16.

ALTE SCHULE IN FLITTARD WURDE BÜRGERZENTRUM

KÖLN (ID) 10. November Neben dem alten Dorf Flittard im rechtsrheinischen Norden liegt die sogenannte DEWOG-Siedlung: Sozialer Wohnungsbau, größtenteils von Bayer-Arbeitern bewohnt. Wie in anderen Arbeitervierteln Kölns fehlt es auch hier an Kinderspielplätzen. Auch die Jugendlichen und Erwachsenen hatten jahrelang nichts, wo sie sich treffen und miteinander reden konnten. Seit April 1975 aber haben die Flittarder in einer alten Schule, im Volksmund „Pauline" genannt, ein Bürgerzentrum für Jugendliche und Erwachsene eingerichtet.

Anfang 1972: Der „Sozialkreis Flittard", eine Gruppe von Bürgern, die sich unter anderem für den Bau von Spielplätzen einsetzt, erfährt, daß die alte Volksschule in der Paulinenhofstraße bald leerstehen wird, weil eine neue Schule gebaut wird. In einem Antrag an die Stadt Köln fordert der Sozialkreis die Schule für die Flittarder als Bürgerzentrum. Die Stadt hat andere Pläne. Im Rahmen eines „Grünflächenänderungsplans" will sie die Schule abreißen. Auch das Bayerwerk ist interessiert. Aus dem Schulgebäude soll ein Parkplatz werden.

1973: Der Sozialkreis läßt nicht locker. Als einen Tag vor Weihnachten der Grünflächenänderungsplan schon fertig und unterschriftsreif ist, rufen einige Bürger im Regierungspräsidium an und weisen darauf hin, daß nach diesem Plan nicht nur die Schule, sondern auch gleich ein paar Wohnhäuser unter den Bagger kommen sollen. Den Herren Bürokraten ist der „Irrtum vom Amt" sichtlich peinlich – der Plan wird erst auf Eis gelegt und schließlich geändert. „Pauline" bleibt stehen.

Januar 1974: Die neue Schule ist fertig. „Pauline" steht leer. Aber die Stadt rührt sich nicht.

Sommer 1974: Eine Handwerkerkolonne der Stadt streicht die Räume und ersetzt ein paar Fensterscheiben. Die Flittarder schöpfen wieder Hoffnung. Weiter passiert nichts.

November 1974: Die Stadt stimmt endlich dem Antrag der Bürger zu. Das Sozialamt verspricht: Übernahme des Gebäudes, Dekkung aller Kosten, Bezahlung eines Hausmeisters und eines Sozialarbeiters. Und pro Jahr 40 000 DM.

Dezember 1974: Von der Stadt ist kein Geld gekommen. Der Sozialkreis bringt mit einem Basar tausend Mark auf und beginnt auf eigene Faust, die Schule zu renovieren. So entstehen Werkraum, Musikraum, Tischtennisraum, Teestube, Kinderspielraum, Clubräume.

April 1975: Beim großen Eröffnungsfest ist halb Flittard dabei. In einem Brief von 7 Meter Länge, mit 500 Unterschriften, fordern die Flittarder von der Stadt, endlich den Sozialarbeiter einzustellen. Aber auch ohne städtische Hilfe geht das Programm jetzt los. Alle Bürger, ob jung oder alt, sollen im „Treffpunkt Pauline" Gelegenheit finden, zusammenzukommen und ihren Hobbies nachzugehen. Kinder können Tischtennis spielen, Musik machen, singen und basteln. Jugendliche können tanzen, werken, oder sich im Straßencafe oder in der Teestube einfach mal zusammenhocken. Für Erwachsene gibt es Abendkurse, Erste Hilfe, Kosmetik, Blumenstecken. Ältere Bürger könne den Altenclub besuchen. Alle Aktivitäten werden von freiwilligen, unbezahlten Helfern geleitet.

Sommer 1975: Nachdem die erste Begeisterung verflogen ist, machen jetzt vier Leute die Hauptarbeit: Frau Heufken, Lehrerin, Frau Kühne, Hausfrau, Rainer Detering, Student, und Opa Hans, Rentner (unser bestes Stück! sagen die jugendlichen Besucher). Noch immer ist kein Geld da, stattdessen nimmt die Stadt die Zusage von 40.000 DM auf 20.000 DM zurück. Der Sozialarbeiter soll erst Anfang 1976 eingestellt werden – aus Geldmangel, heißt es. Sozialdezernent Körner, mehrmals eingeladen, hat keine Zeit, und ist auch in seinem Büro für die Bürger nicht zu sprechen. Frau Heufken: „Man könnte meinen, die haben Angst vor uns."

September 1975: Nach der Sommerpause ist „Pauline" in einem traurigen Zustand: Jugendliche haben einige Schäden angerichtet, als wegen der Ferien keine Aufsicht da war. „Vielleicht war es falsch, den Jugendlichen das Haus ‚fertig' hinzustellen", meint Frau Kühne. „Die Jugendlichen müssen das Haus als ihre eigene Sache ansehen, an der sie selbst gearbeitet haben, dann machen sie auch nichts kaputt." Und wirklich: Einige Jugendliche bieten sich an, beim weiteren Ausbau der Räume zu helfen, damit sie sich regelmäßig im Haus treffen können. „Pauline" füllt sich wieder mit Leben: Jetzt kommen schon vier Kindergruppen, 2 Chöre, mehrere Musikgruppen, es gibt 2 Tanzkurse und mehrere Bildungsangebote für Erwachsene. Auch der Altenclub hat „volles Haus".

Oktober 1975: Was tut die Stadt? Wann kommt endlich der versprochene Sozialarbeiter? Eine Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses Mitte Oktober fällt aus, ein Gespräch mit Stadtjugendpfleger Henkel wird auf November verschoben. Neue freiwillige Helfer werden geworben – so hat sich die Feuerwehr bereit erklärt, das alte Spritzhaus, das auf dem Schulgelände steht, zu renoviern. Hier soll dann ein Motorrad-Bastelclub rein. Für November und Dezember sind geplant: ein großes Nachbarschaftstreffen, ein Jugend-Wochenende (bisher war das Haus am Wochenende immer zu), neue Werk-Kurse, und ein Tausch-Bazar.

Der Sozialkreis Flittard ruft alle Bürger auf: „Wir brauchen noch mehr freiwillige Helfer, die für ein paar Stunden in der Woche einspringen. Es ist auch noch Platz für weitere Aktivitäten und Leute, die sich hier im Haus treffen wollen. Wir können alles brauchen: Spenden für den Bazar, Baumaterial, Werkzeug, Möbel, Geld. „Pauline" wird nicht sterben!"

Sozialkreis Flittard, Hildegard Heufken, Tel. 66 24 51
„Treffpunkt Pauline", Flittard, Paulinenhofstr. 32, Montag bis Freitag 17 - 22 Uhr
(aus Kölner Volksblatt Nr. 11, November 75)

FRAUENBUCHLADEN IN BERLIN

BERLIN (ID) 12.November

Am 15.11.75 wird in Berlin ein Buchladen für Frauen aufgemacht. Der Laden ist von den fünf daran beteiligten Frauen selbst renoviert worden. Das nötige Geld für Bücher, Einrichtungen und Farbe haben die Frauen, von denen drei berufstätig sind und zwei studieren, aus eigener Tasche aufgebracht. Der Laden hat auch eine Cafèstube bekommen, wo sich jede nach Wunsch unterhalten oder in Bücher vertiefen kann. Dort können sich die Frauen an einem Anschlagbrett über die schlimmsten frauenfeindlichen Presseartikel der jeweils letzten Woche informieren.

Das Angebot an Büchern umfasst alles vom „geschenkten Gaul" bis zum „kleinen Unterschied", so daß jede Frau etwas nach ihrem Geschmack finden kann. Außer Büchern werden auch Plakate, Zeitschriften und Schallplatten verkauft, später sollen noch Kinderbücher dazukommen. Außerdem gibt es einen „Giftschrank", in dem frauenfeindliche Bücher, z.B. von Esther Vilar und Norman Mailer aufbewahrt und zur Ansicht ausgegeben werden. Eine noch kleine Sammlung antiquarischer Jungmädchenbücher und alter Literatur zur Frauenbewegung steht ebenfalls als Präsenzbibliothek zur Verfügung und soll weiter ausgebaut werden.

Dem Buchladen ist ein Archiv angegliedert, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, möglichst alle Presseartikel aus der BRD und Westberlin von und über Frauen zu katalogisieren. Die Arbeit der Archivgruppe soll allen Frauen zugänglich sein. Deshalb wollen die Archivfrauen zu den katalogisierten Presseartikeln Dokumentationen schreiben und dafür einen Versanddienst einrichten.

Das Archiv und das Angebot im Laden sollen systematisch erweitert werden, so daß möglichst alles greifbar ist, was sich bislang Frauen mühsam aus verschiedenen Läden zusammensuchen mußten. Ziel des Buchladens ist es, den Frauen einen Überblick über alles Geschriebene von und über Frauen zu verschaffen und so ihr historisches Bewußtsein zu stärken.

Geöffnet ist der Laden werktags von 15.oo – 18.3o und am Samstag von 1o.oo – 14.oo Uhr.

FRAUENBUCHLADEN GMBH.
1 Berlin 61, Yorckstraße 22

„GEBRÜDER-GRIMM-ZEITUNG" FÜR ELTERN UND KINDER

KÖLN (ID) 12.November

In einer Auflage von 10 000 Exemplaren wird jetzt in Köln eine Zeitung für Eltern und Kinder verteilt. Ausgehend von einem Laden für Kinderspielzeug und -Literatur schreibt eine Gruppe von Leuten, die mit Kinderarbeit bereits Erfahrungen gesammelt haben, über typische und untypische Familiensituationen, über Kinderveranstaltungen und Ausflüge.

In der Novembernummer ist auch ein bebildertes Würfelspiel über ein Wochenende aus der Sicht der Kinder dabei. Die Hälfte der Auflage wird über die Kölner Volkszeitung vertrieben, die andere Hälfte in Wohngebieten auf Briefkästen verteilt. Für den 23.November ist eine Schnitzeljagd im Königsforst geplant.

„Gebrüder Grimm"
5 Köln 1, Mauritiussteinweg 110, Tel. 23 15 27

In einer Selbstdarstellung der Zeitung heißt es: „Diese Zeitung soll den Kindern vor allem Spaß machen. Sie wird Geschichten, Rätsel, Comics und Bastelanregungen enthalten. Sie wird aber auch Nachrichten und Informationen für Kinder und Eltern bringen.

Sie berichtet über Bauspielplätze und Kinderfeste, über Kindertheater und Kinderbücher, über Radio- und Fernsehsendungen und über alles, was in Köln und Umgebung für – oder auch gegen! – Kinder unternommen wird.

So eine Zeitung können wir aber nicht alleine machen. Wir können und wollen nicht allein entscheiden, was für Kinder und Eltern wichtig und interessant ist – und was nicht.

Deshalb brauchen wir Kinder und Erwachsene, die uns dabei helfen. Die uns helfen, Informationen zu bekommen und Artikel zu schreiben."

"BAADER-MEINHOF-PROZESS" GEGEN HAUSBESETZER

LÜNEBURG (ID) 3. November

Seit einigen Tagen läuft im Gericht in Lüneburg ein Prozeß gegen Hausbesetzer. Diese Prozesse (es gab schon mehrere) werden in der örtlichen Presse eigentlich nie erwähnt, bei diesem hier allerdings fällt die scharfe Bewachung des Gerichts auf. Drei VW-Busse der Polizei im Gerichtshof, ständig vier Mann (auch Polizei) mit MP's vor dem Gericht und nachts versteckte Streifen, die offensichtlich politische Überzeugungstäter verjagen sollen.

Warum das? Vor ca. einem Jahr wurde im Rahmen von Jugendzentrumsinitiativen in Lüneburg vom kommunistischen Studentenverband und der kommunistischen Jugend (KSV/KJV) ein altes, leerstehendes aber historisches Lagerhaus in der Innenstadt besetzt und für anderthalb Tage gehalten. Diese Besetzung war nicht nur sinnlos und spaltete die JZ-Initiativen in Lüneburg, sie mußte auch mit „geliehenen" Kräften aus Hamburg und Bremen durchgeführt werden, weil KSV und KJV in Lüneburg zu unbedeutend waren. So wurde die Besetzung also abgeblasen, als der letzte Zug nach Hamburg fuhr. Darüberhinaus verwehrten die Besetzer auch allen andersdenkenden den Zutritt zum „Glockenhaus", weil das ihre Besetzung war. Mit einem Überangebot an Polizeistreitkräften wurden die restlichen Besetzer (von 50 waren es nur noch acht) dann aus dem Haus geholt.

Die Besetzung wurde in den übrigen kommunistischen und sozialistischen Gruppen Lüneburgs allgemein als Eulenspiegelei und Größenwahnsinn abgetan, weil sie zum absolut unpassenden Zeitpunkt stattfand. Und nun stehen die „Rädelsführer" vorm Gericht, bewacht wie staatliche „Sicherheitsrisikos". Das dürfte ohne Zweifel an den enormen Fähigkeiten der politischen Poizei in Lüneburg liegen. Frage an einen Politzisten vor dem Gericht: „Was is'n da los?" Anwort: „Da ist ein Baader-Meinhof-Prozess!"

MAKLER GRÜNDEN ANTI-MIETERVEREIN

KÖLN (ID) 11. November

Bei Kölner Makler- und Hausverwalterfirmen trafen in den letzten Tagen Rundschreiben ein. Als Absender zeichnet die Firma Treureal, Heinrichstraße 48. In ihrem Schreiben stellt die Firma die Existenz eines Mieterschutzgesetzes fest und bedauert, daß in Not geratene Familien nicht mehr kurzerhand auf die Straße gesetzt werden dürfen.

Gegen dieses Unglück – die Inanspruchnahme von Recht und Gesetz auch durch Mieter – will die Treureal die geplagten Vermieter jetzt schützen durch einen Vermieter-Schutz und Treubund.

Die Namen der Mieter, die nicht spuren, sollen zentral gesammelt werden. Dann können sie sehen, wo sie noch einmal eine Wohnung gerbekommen. Herr Orth, Mitinitiator des Rundschreibens, verspricht sich in erster Linie eine „enorme erzieherische Wirkung" auf diese Mieter – nämlich Wohlverhalten und Kuschen sowie freiwilliger Verzicht auf selbstverständliche Rechte.

WER STECKT HINTER „TREUREAL"

Nun, eine Frau Minninger und die Gesellschaft „Wohnpark auf dem Kölnberg" (Meschenich). Den beiden gehört die Treureal. Der „Kölnberg" wiederum gehört dem Diplomkaufmann Orth und der Treureal. Sowas gibts. Herrn Orth gehört auch die Vereinigte Bauträger RAS und zwar zusammen mit einem Dr. Minninger, der wiederum der Frau Minninger bei der Treureal angehört – klar?

Dr. Minninger aber kennen unsere Leser von der Mieterinitiative Höninger Weg. Seinerzeit wehrten sich die Mieter erfolgreich gegen den Eigentümer Minninger und konnten so den Abbruch ihrer Wohnungen verhindern (beschrieben im März – Volksblatt).

Über eines sollte man mit Herrn Orth einig sein, nämlich die ...eherische Wirkung. Aber zur Einigkeit der Mieter. Die Namen Orth, Minninger und die betreffenden Firmen sollte sich jeder merken, zwecks Vermeidung eines Mietvertrages. Sollten Sie ihre schlechten Erfahrungen allerdings schon gemacht haben, dann rufen Sie uns an.
(aus kölner Volksblatt, 11/75)

DISZIPLINARVERFAHREN GEGEN PROFESSOR SIGRIST

MÜNSTER (ID) 12.November Gegen den an der Westfälischen Wilhelmsuniversität in Münster lehrenden Professor für Soziologie,Christian Sigrist,hat der Wissenschaftsminister in Düsseldorf am 3.November ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Sigrist wird vorgeworfen, im Juli letzten Jahres in Dusiburg eine Presseerklärung veröffentlicht und selbst verteilt zu haben, in der er mit anderen zusammen ... gründliche Aufklärung des Todes des Arbeiters G. Routhier forderte, der an den Folgen eines Polizeieinsatzes gestorben war. Bis heute ist es der Polizei gelungen, eine derartige Untersuchung zu verhindern. Im Rahmen der in diesem Zusammenhang stattfindenden Prozesse (siehe ID Nr. 94) ist Sigrist in erster Instanz vom Duisburger Amtsgericht wegen Verunglimpfung der Staatsorgane zu 2000 DM Geldstrafe verurteilt worden. Schon vor dem Prozeß hatte die angesehene britische Anwaltsvereinigung „Haldane Society", London, erklärt, eine Verurteilung Sigrists würde eine Schande für die westdeutsche Justiz darstellen.

Ferner wird Sigrist zur Last gelegt, in einem veröffentlichten Gutachten den Bochumer Soziologen Papalekas als „Faschisten aus prinzipieller Überzeugung" bezeichnet zu haben. Das Wissenschaftsministerium hat es bis heute versäumt, den gegen Papalekas erhobenen schweren Vorwürfen nachzugehen. Papalekas konnte durch die Gutachten von Sigrist und Prof. Agnoli nachgewiesen werden, daß er nicht nur in seiner lange Zeit geheimgehaltenen Innsbrucker Dissertation von 1947 faschistisches Gedankengut vertreten hat, sondern hiervon auch in seiner weiteren Tätigkeit nicht abrückte. So hat Papalekas schon vor dem Offiziersputsch von 1967 ein autoritäres System für Griechenland gefordert und später mit dem Obristenregime zusammengearbeitet. In dem von Sigrist abgegebenen Gutachten, das vor allem die faschistischen Inhalte von Papalekas' Dissertation aufdeckt, sieht das Wissenschaftsministerium eine Verletzung der Pflicht des Beamten „zu achtungs- und vertrauenswürdigemVerhalten" und seiner „Pflicht zur Zurückhaltung bei politischer Betätigung."

Schließlich nimmt das Wissenschaftsministerium Anstoß an zwei weiteren Aufsätzen Sigrists – der eine erschien bereits im „Kursbuch 32" 1973 –, in denen auf die Kontinuitäten hingewiesen wird, die zwischen der westdeutschen Justiz und den Justizorganen der Nazi Zeit bestehen, und wo scharfe Kritik an den Zuständen im Strafvollzug geübt wird.

Das Wissenschaftsministerium hat, obwohl das Urteil in Sachen Routhier noch nicht rechtskräftig ist – beide Seiten haben Berufung eingelegt – gegen Sigrist das Disziplinarverfahren eingeleitet. Damit wird zugleich verhindert, daß Sigrist das ihm nach seiner einjährigen Amtszeit als Dekan zustehende Freisemester erhalt. Dieses Freisemester wollte Sigrist vor allem zur Mitarbeit an einem von den Vereinten Nationen geförderten agrarsoziologischen Projekt auf den Kapverdischen Inseln nutzen. Sigrist hat als erster westdeutscher Wissenschaftler Kontakt mit den Regierungen von Guinea (Bissau) und den Kapverden aufgenommen. Diese Regierungen haben ihr lebhaftes Interesse an einer Mitarbeit Sigrists an Projekten betont, die dazu dienen sollen, die durch jahrhundertelange Kolonialherrschaft hervorgerufenen Schwierigkeiten, die vor allem Hungersnöte zu einer ständigen Gefahr machen, zu bekämpfen und beizutragen, die Grundlagen für den Aufbau einer herrschaftsfreien Gesellschaft zu legen.

Sigrist hat bereits im Auftrag der UNESCO ein Gutachten zu diesen Fragen abgegeben, das erwähnte Projekt hängt mit davon ab, daß Sigrist seine Kenntnisse der Strukturen kolonialer Gesellschaften hier einbringen kann. Die Verweigerung des Freisemesters im Zusammenhang mit dem Disziplinarverfahren bedeutet daher nicht die Versagung eines Privilegs, sie verhindert, daß Sigrist seine Arbeitskraft in dieser Zeit auf ein Projekt konzentrieren kann, das von seiner Mitarbeit wesentlich abhängt und für die Organisation der Programme zur Entwicklung der Landwirtschaft auf den Kapverden von größter Bedeutung ist.

Diesen Bericht hat der Initiativausschuß gegen die Disziplinierung von Prof. Sigrist, c/o Institut für Soziologie, 44 Münster, Klosterstraße 48 als offenen Brief verfasst. Er soll von „möglichst vielen fortschrittlichen wissenschaftlichen Mitarbeitern an Hochschulen, von Lehrern, Juristen, Journalisten, Gewerkschaftlern, Ärzten, Schriftstellern usw. unterschrieben" werden und „möglichst schnell an das Wissenschaftsministerium von Nordrhein-Westfalen überreicht werden, um einen Aufschub bzw. eine Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Sigrist zu erwirken".

Für eine großformatige Anzeige in der „Frankfurter Rundschau" mit gleichem Text plus Unterschriften werden Geldspenden erbeten: Konto-Nr. Dresdner Bank Münster, 6076622. Stichwort: Solidarität mit Christian Sigrist. Weiteres Informationsmaterial kann über den Initiativausschuß bezogen werden.

Am 3.11. sammelten zwei zivile Polizisten Flugblätter der ML ein, die in der Cafeteria der Pädagogischen Hochschule in Münster ausgelegt waren und auf einen jetzt in Münster laufenden Routhier-Prozeß aufmerksam machten. Bei dieser Aktion ging es wahrscheinlich um die viele Prozesse auslösende Aussage: G. Routhier ist von der Polizei ermordet worden.

SOFORTIGE HAFTVERSCHONUNG FÜR HANNES WEINRICH !

KARLSRUHE (ID)
14, November

„Hannes Weinrich politischer Gefangener in Karlsruhe, ist schwer erkrankt Wenn der zuständige Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof, Kuhn die Verlegung in das Dialyseinstitut im Schwerpunktkrankenhaus in Willingen-Schwenningen weiterhin verweigert, besteht die Gefahr schwerster Schäden,' hieß es am 10 11 in einer Presseerklärung von Hannes' Rechtsanwälten Was das bedeutet ist spätestens bekannt seitdem neben anderen

● Katharina Hammerschmidt an den Folgen einer im und durch den Knast verschleppten Krankheit gestorben ist,

● die Staatsschutzbehörden Holger Meins sterben ließen obwohl an der Ernsthaftigkeit seines Zustandes keinerlei Zweifel bestehen konnten

● Karlheinz Roth die Tatsache, daß er noch lebt nicht der medizinischen Versorgung, sondern allein seiner Bärennatur und seinen Fähigkeiten zur Selbstdiagnose zu verdanken hat

Die Rechtsanwälte erklären weiter „Schon Anfang Juni dieses Jahres hatte Hannes Weinrich in einem Schreiben an Richter Kuhn über Blasenschmerzen geklagt Bereits am 19.6 1975 wurden durch einen Urologen Eiterzellen im Prostata-Sekret und verhärtete kleine Blutgerinsel im kleinen Becken festgestellt Eine ambulante Behandlung in der Untersuchungshaft blieb ohne Erfolg Bis September verschlechterte sich der Gesundheitszustand von Hannes Weinrich Die Verteidigung beantragte deshalb am 8.9.1975 die Zulassung eines Vertrauensarztes Der Antrag blieb zunächst mehr als einen Monat liegen Erst nachdem Hannes Weinrich in der Nacht zum 21 10 1975 in seiner Zelle zusammengebrochen war und die Verteidigung mehrfach durch Anrufe auf eine Entscheidung gedrängt hatte wurde der Vertrauensarzt zugelassen Da dieser sich jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht mehr imstande sah, nach Karlsruhe zu fahren, mußte ein anderer Vertrauensarzt beantragt werden Zu einer Entscheidung über diesen Antrag kam es nicht mehr Am Donnerstag den 30.10.1975 rief Hannes Weinrich im Büro der Verteidiger an und klagte über starke Schmerzen im Unterleib Er konnte kaum sprechen Auf telefonische Intervention beim Richter Kuhn durfte dann endlich am darauffolgenden Sonntag Dr Opitz, ein bekannter Spezialist für Nierenerkrankungen, zu Herrn Weinrich

Dr Opitz teilte dem Ermittlungsrichter Kuhn mit Schreiben vom 3.11 1975 mit, daß eine Verlegung in das Schwerpunktkrankenhaus Villingen Schwenningen zur erfolgversprechenden Behandlung von Herrn Weinrich erforderlich sei Für die Zeit vom 3.11 bis 9. 11 mußte sich Dr Opitz allerdings zu folgendem Kompromiß mit Richter Kuhn bereitfinden Herr Weinrich sollte noch eine Woche in der Haftanstalt behandelt werden, sei dann keine Besserung festzustellen, werde man eine endgültige Entscheidung treffen

Eine Besserung ist bis heute nicht eingetreten Im Gegenteil, in der Nacht vom 5. auf den 6.11.1975 hatte Hannes Weinrich solche kolikartige Anfälle, daß er mehrere Stunden lang immer wieder vor Schmerzen schreien mußte Nach Auskunft des behandelnden Arztes des Vertrauens, Dr Opitz hat sich der Gesundheitszustand von Hannes Weinrich in der letzten Woche akut verschlechtert Dr Opitz hat heute morgen (Montag, den 10.11.1975) erneut die Verlegung in sein Dialyseinstitut in seinem Schwerpunktkrankenhaus in Villingen-Schwenningen verlangt

Hannes Weinrich ist nicht mehr haftfähig Er ist deshalb sofort aus der Haft zu entlassen! Selbst die Verlegung in ein Anstaltskrankenhaus könnte die weitere Verschlechterung seines Gesundheitszustandes nicht aufhalten"

Rechtsanwalt Golzem — Gerichtsreferendar Düx

ZUSÄTZLICHE INFORMATION DES POLITISCHEN BUCHLADENS IN BOCHUM:

„Dienstag, den 11.11.1975 hat sich Ermittlungsrichter Kuhn erneut geweigert, über den Antrag auf Verlegung in das Schwerpunktkrankenhaus zu entscheiden Und dies, obwohl die Eltern sich bereiterklärt haben, im Falle einer Haftverschonung ihre gesamten Ersparnisse als Kaution zur Verfügung zu stellen.

Hannes Weinrich ist schwer krank Seit Anfang der Woche kann er keinen Hofgang mehr machen Bei einem Besuch am Montag, den 10.11 konnte er vor Schmerzen kaum reden Er steht ständig unter stärksten Beruhigungs- bzw. Betäubungsmitteln Sein durch fast achtmonatige Isolationshaft stark angegriffener Gesundheitszustand, beträchtliches Untergewicht verschlimmern zusätzlich den Krankheitsverlauf

Bitte setzen Sie sich persönlich durch einen telefonischen Anruf beim Ermittlungsrichter Kuhn für die Haftverschonung und die Verlegung in das Schwerpunktkrankenhaus von Herrn Weinrich ein. (Tel) Ermittlungsrichter Kuhn, beim BGH, Karlsruhe, 0721/159454)"

Auf Anfrage bei Ermittlungsrichter Kuhn am Nachmittag des 13.11.75 erklärte Kuhn, die Entscheidung, Hannes Weinrich zu verlegen, sei am Dienstag dem 11.11. gefallen, allerdings nicht in das Schwerpunktkrankenhaus Villingen Schwenningen, sondern „in ein Vollzugskrankenhaus, in dem das Instrumentarium zur Verfügung steht, das Dr. Opitz für erforderlich erachtet." Aus Sicherheitsgründen könne er den Ort nicht bekanntgeben.

Die Anwälte vermuten nach Rücksprache mit Hannes Weinrich daß er nach Bochum verlegt werden soll Diese Verlegung ins Ruhrgebiet wurde bedeuten, ihn der gesundheitlichen Kontrolle durch Dr Opitz und der Betreuung durch die Anwälte zu entziehen

VERFOLGUNG WURDE ZUM VERFOLGUNGSWAHN ERKLÄRT

GIESSEN (ID)
13 November

Karl Heinz Bergner ist über 40 Lebt jetzt da in der Zelle in dem Affenhaus in Giessen Dieses Haus ist so gebaut wie eine Art Wasserreservoir — eingemauert in Beton, mit unübersehbaren Betonmauern, hinter denen die Welt in der Form von Menschen Farben, Luft,Sonne buchstäblich nicht mehr existiert — Alles Beton, Gitter, massive Gewalt, die Beruhigungszellen im Keller Man lebt da wie unter Wasser Im getauchten Zustand, innen macht das den Eindruck eines U Bootes, weil da so viele Gitter und Apparate sind — innen sind überall Zwischengitter, das Treppenhaus ist vollkommen mit Gittern ausgeschlagen Man sieht nichts von draussen, nur Himmel, wie unter Wasser den Durchschein der Sonne, sonst nichts Bergners Zelle geht nach hinten, zur Betonmauer um den Hof Er sieht die Mauer, den Hof von der Größe einer Tunnelbreite, den Asphalt des Hofs ... den Himmel Einmal am Tag Hofgang Dreimal am Tag Essen Das ist alles Keine Bücher, kein Radio, keine Unterhaltungen ... außer die zynische Visite, die gelegentlich mal kommt

Bergner war in Goddelau (psychiatrische Haftanstalt) und in Haina In beiden Anstalten war es noch schlimmer ... Im Vergleich zu dem, was er in der Psychiatrischen Haftanstalt Haina erlebt hat — nach einer gescheiterten Flucht — bedeutet Gießen für ihn wenigstens eine Zeit eine gewisse Sicherheit Man läßt ihn wenigstens in Ruhe, versucht ihn nicht zu „behandeln" wie in Haina (siehe Bericht unten)

Bergner ist seit fünf Jahren interniert Er saß zuerst wegen einem Verkehrsdelikt (Fahren ohne Führerschein) Er widersetzte sich dem Urteil Er begann zu querulieren er lehnte den Richter ab, den Pflichtverteidiger Er brachte diese bürgerlichen Kreaturen alle gegen sich auf, und sie vereinigten sich alle, um ihn niederzuzwingen, um ihre faschisitische Räson und ihre Eitelkeit, die er verletzt hatte, ihm gegenüber durchzusetzen Das Ergebnis war, daß man ihn als Querulant „begutachtete" und daß er tatsächlich, in seiner aussichtslosen Lage, nur noch schreien konnte und die objektive Verfolgung sich als „Verfolgungswahn" diagnostizieren ließ,

Wir haben dem Justizministerum ein Ultimatum gestellt, daß wir, wenn sie Bergner nicht rauslassen, irgendwo zuschlagen Schreibt an Bergner, Gießen, Psychiatrische Haftanstalt Licher Str 106, Festes Haus und an seinen „Arzt" Grefinghof, der inzwischen wenigstens die Finger von ihm lässt

BERICHT AUS DER PSYCHIATRISCHEN HAFTANSTALT HAINA IN HESSEN

„Der Stationsarzt des festen U-Baus in Goddelau wurde nach Haina als leitender Stationsarzt des Festen Hauses versetzt Ich hatte 18 Monate lang wie ein Hilfspfleger von 6 Uhr morgens bis 21 Uhr alle 7 Tage in der Woche — ohne Entlohnung — in der Aufnahmestation des Dr. Warning gearbeitet Aus dieser Zeit habe ich die ersten sehr unangenehmen Erfahrungen mit Dr. Warning. Dr. Warning beseitigte meine Beschwerde gegen meine Einweisung nach § 126 a StPO! Dr. Warning verweigerte mir die Aushändigung der Einschreibe-Quittung mit den Worten:

„Sparen Sie sich das Geld, bei uns gibt es keine Einschreibequittungen! Kaufen Sie sich ein Paket Tabak dafür!"

Da ich erst nach 33 Monaten Inhaftierung Hauptverhandlung hatte, stellte ich erst zu diesem Zeitpunkt fest, daß meine Beschwerde das Gericht nie erreicht hat

Zu dieser Zeit habe ich Dr Warning wegen fahrlassiger Medikamentenbehandlung von Patienten mit Todesfolge angezeigt Zu den Anzeigen wurde ich niemals gehort Im August wurde ich nach Haina verlegt (1973) Zu diesem selben Dr Warning Ich kam dort in eine „Forensische Mörderabteilung"

Im Oktober 1973 fuhrte Dr Warning eine Besprechung mit den Patienten seiner Station durch Diese uberwiegend absolut arbeitsunfahigen Leute wollte Dr Warning uberreden, in eigener Regie einen 30 mal 100 Meter großen Hofplatz zu planieren Er wisse aus eigener Erfahrung, daß es zu machen sei! Dreimal versuchte er,mich provozierend zu Außerungen zu verleiten Dreimal habe ich ihm geantwortet, es sei viel besser, mich nicht zu außern Dr Warning gab keine Ruhe, da habe ich ihm geantwortet, daß er keine Ahnung hätte Darauf sagten ihm viele Kranke ihre Meinung zu seiner Person Wutentbrannt brach Dr Warning diese Besprechung mit den Worten ab „Sie kommen in eine Einzelzelle, sofort!"

Dieser Hofplatz wurde dann von ca 20 Baufacharbeitern in einer uber 6 Monate dauernden Arbeitszeit mit einem Kostenaufwand von uber 100 000 DM mit schweren Raupen, Bagger und Lkw umgebaut Das sollten wir machen!

Abschrift eines Briefes an einen Rechtsanwalt:
Heute wurde mir durch Dr Warning mitgeteilt, daß ich in Isolation käme Warning will verhindern, daß noch Kassiber nach draußen gehen Und er will mich nach 31 Monaten U Haft ohne Rechtsanwalt, ohne Verhandlung, ohne Haftprufung verhandlungsfertig machen und mir die am 23 10 73 vor allen Gefangenen getane Äußerung uber ihn zuruckzahlen Das habe ich Dr Warning vor allen Leuten ins Gesicht gesagt,was ich von ihm und seinen schmutzigen Händen halte Eine Strafanzeige gegen Dr Warning von zehn Gefangenen an den Generalstaatsanwalt in Frankfurt blieb unbeantwortet Den Gefangenen Bernhard Krause aus R hat Warning so voll Medizin gepumpt, daß dieser acht Tage nichts essen konnte Weil Krause uberall eingeschlafen ist!

Am 30 November bin ich nachts aus Haina ausgebrochen – um mir Rechtshilfe von außen zu suchen! Kein Rechtsanwalt und keine Presse haben mir geholfen! Am 14 12 73 wurde ich bei Köln erneut verhaftet Wegen Kfz-Diebstahl Es war strenger Winter, wo sollte ich mich aufhalten?

In der Zwischenzeit hatte der Richter die Hauptverhandlung in meiner Abwesenheit zu Ende geführt! Zuruck in Haina [illegible] ich in die Isolierzelle der gleichen Station, wo ich vorher war Zu den Pflegern, die mich kannten Doch Dr Warning hatte etwas vor mit mir, folglich mußte er mich auf eine andere Station verlegen, wo mich kein Pfleger kannte Am 25.1.74 wurde ich in die Station 10/3 des Festen Hauses in Haina verlegt In eine Isolationszelle, im Isolationstrakt Das Kopfkeil wurde herausgenommen Ich bekam eine harte Matratze Die Zelle war zum Laufen zu klein Zum Schlafen war in dem Irrenkäfig ein 30 bis 40 cm hoher Holzkasten, darauf kam die Matratze In der Zelle waren nur zwei kleine Beluftungslöcher von 10 mal 10 cm Davor fest verschließbare Sicherheitsglasfenster, sodaß keine Luft herein konnte Im Auftrag des Dr. Warning durfte 5 1/2 Monate lang kein Fenster geöffnet werden, obwohl Gitter von außen davor waren Die Zelle lag im zweiten Stock In diesem Isolationstrakt waren vier Zellen von einer alten scheppernden Luftabzugsanlage abhängig, die nichts brachte, bei geschlossenen Fenstern schon überhaupt nicht Die Nachbarzellen waren ständig mit Tobenden belegt. Durch das Rohrsystem der Anlage war das Toben nicht zum Aushalten, es war schlimm...

Am 25.1.74 nachdem ich im Nachtkittel der Anstalt stand, erschien Dr Warning mit einem ausländischen Arzt, Dr. Rudkei, und mit zwei Pflegern Er sagte, nehmen Sie diese Medizin Ich weigerte mich und verwies darauf, daß ich 126a Gefangener sei und daß Warning mir keine Medizin geben dürfe. Ich habe nicht randaliert, nicht getobt Ich weigerte mich. Warning sagte „Sie sind jetzt 42b Fall Ihr Urteil ist rechts kraftig Der Staatsanwalt Ziegs in Darmstadt hat Ihre medikamentose Behandlung angeordnet!" Nichts davon war wahr

Ich war noch bis zu meiner Benachrichtigung im Mai 75 in Revision Kein Staatsanwalt konnte etwas im Medikamentenbereich anordnen Weiter sagte Dr. Warning, ich hätte so etwas in den Augen und meine Briefproduktion musse gebremst werden Er wurde jetzt einmal etwas zusammenbrauen Den Pfleger wies er an, zu spritzen Der Dr Rudkei hatte seinen ersten Tag Dienst und verstand nur wenig deutsch Dieser Mann konnte garnicht durchblicken, was hier ablief Warning verschwand Die Pfleger sagten zu mir, wenn Sie das nicht trinken, müssen wir die 150 Neurosiel – 150 Attosiel spritzen! Und die Wirkung ist noch schlimmer Ich habe es getrunken, denn die hatten 6 Pfleger geholt und mit Gewalt gespritzt Kurz danach bekam ich einen Herzkollaps – und der Warning war von keinem Pfleger zu erreichen

Ein Pfleger spritzte dann auf seine eigene Verantwortung Gegenmittel Denn ich war weg, total weg! In der darauffolgenden Nacht wurden mir – obwohl ich nicht bei Bewußtsein war – nochmals Gegenmittel gespritzt Ich hatte tagelang totale Gesichtsverkrampfungen In diesem Zustand, in den mich Warning versetzt hatte wegen meiner Strafanzeige gegen ihn wegen fahrlässiger Tötung eines Patienten, holte Warning den Direktor Mildner und einen weiteren Arzt und sagte „Und dieser Mann will nicht geistes krank sein!"

Ich habe jedes Wort verstanden, bewußt erfaßt! Doch ich konnte den Kiefer nicht bewegen, nur lallen! Fünf Wochen durfte ich diese Zelle nicht einmal zu einem Hofgang verlassen Ich war, als ich das erste Mal raus kam, kein Mensch mehr Nachdem dann endlich nach sechseinhalb Monaten zwangsweiser medikamentöser Behandlung die Medikamente durch Dr Rudkei abgesetzt wurden, hatte ich vierzehn Tage lang echte Entzugserscheinungen Fünfeinhalb Monate lang lief im spateren täglichen Hofgang ein Pfleger links und ein Pfleger rechts neben mir Der Hofgang kam erst zustande, nachdem ich dem Generalstaatsanwalt geschrieben habe

Ab dem 26 1 1975 bekam ich täglich dreimal 75 Neurosiel und 75 Attosiel Kein Akkerniton (krampflösendes Mittel)

Jetzt schreibe ich meine Aufzeichnungen von damals ab:

27 1 74 Heute morgen nur halb voll flüssige Medizin und Akkerniton Und Halloperital Schlechte Nacht Kein Sauerstoff

29 1 74 Kreislaufschwäche – Waden, Zehen, Handgelenk und Kiefer verkrampft Gehunvermögen Äußerste Nervosität Kein Schlaf

30 1 74 Medizin erneut umgestellt! Drei mal 20 Valium täglich Noch immer Bein und Kiefer verkrampft Eine Spritze Akkerniton dagegen erhalten

6.2.74 Erneute Medikamentenumstellung Neurosiel 75 und Akkerniton drei mal täglich Ich bin kaputt! Reaktionen Übelkeit, Brechreiz, ein Ring um den Kopf, Sprachhemmungen, gebrochene, stotternde Sätze

26 1 74 Augenschmerzen, Sehkraft verschwommen, Gedanken nicht mehr erinnerungs- und konzentrationsfähig So als kennt man aus eigener Erinnerung eine 10 km lange Straße – doch jetzt kann man sich nur an eine Weite von einem abgeblendeten Autolicht erinnern.

Zittern der Finger, der Hals und Mund trocken, die Lippen platzen auf, Durst, nochmals Durst Nur zwei Fensterchen, 10 mal 10 cm, davor Schließfenster

2.2.74. Irrenarrestzelle Totale Isolation, seit drei Wochen keine Freistunde. Zwangsweise Medikamenteneinnahme.

Abschrift:

„Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt! Meine Schrift halten Sie bitte der zwangsweisen Medikamenteneinnahme zugute Ich stelle Strafanzeige wegen Mordversuch an meiner Person durch zwangsweise medikamentöse Behandlung In drei Tagen fünfmalige Medikamentenumstellung wie bei einem Versuchskaninchen In drei Tagen drei Kreislaufzusammenbrüche ..."

Abschrift

„Herr Staatsanwalt Ziegs, Darmstadt! Seit dem 25 1 74 erhalte ich ursachlos Medikamente Von da ab bin ich in einer Verfassung von Konzentrationsschwäche Ich stelle Strafantrag wegen Mordversuch am 25 1 74 gegen Dr Warning – durch Medikamente, die ich unter Zwang einnehmen mußte Drei Kreislaufzusammenbrüche, Kieferlähmung, Lähmung des linken Beins, Sehstörungen Dagegen bekam ich dreimal Spritzen Seit dem 25 1 74 bin ich vollkommen isoliert Ich bekomme meine Post nicht befördert Dr Warning gibt alle Umschläge leer zurück, ohne meine Schreiben"

Alles wurde vertuscht Dr. Warning probierte unter der Zellentür einen Brief durchzuschieben, wegen Kassibern Es gibt dafür Zeugen

Am 6 2 74 erneut Medizin umgestellt Neurosiel, Akkerniton, Reaktionen müde, Augenschmerzen, müde!

Abschrift

Strafanzeige und Einleitung eines Ermittlungsverfahrens Haina, den 27 2 74 Rückantwort der Staatsanwaltschaft beim OLG Frankfurt

„Ihre Eingabe vom 27 2 74 wurde zur weiteren Veranlassung nach Darmstadt zum Akt Z 38 Js 553/71 übersandt Staatsanwalt Wagner"

Dort wurde alles vertuscht

Abschrift

„Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt! ... Keine Zeitung, keine Bücher, kein Radio, kein Fernsehen Absolut ungenügende Belüftung der Zelle Seit vier Wochen keine Freistunde ... Ich stelle Antrag auf Verlegung nach Heppenheim oder Niederrad Weiter stelle ich Antrag auf ein rechtsgültiges Gutachten..."

Und auf einen solchen Hilferuf bekommt man von einem „rechtsstaatlichen" Staatsanwalt diesen Hilferuf einfach zurück Auf mein erneutes Schreiben vom 20 4 74 erhielt ich überhaupt keine Antwort mehr

So ging das fünfeinhalb Monate weiter, bis ich endlich eine halbe Stunde täglich raus durfte aus der Zelle

„Ihr Schweine, ihr Schweine !"

Karl Heinz Bergner, Psychiatrische Haftanstalt Gießen, Festes Haus, Licher Str 106

ATTENTAT AUF DEN DIENSTAUFSICHTSLEITER

BRUCHSAL (ID) 11. November

Wie unter den Gefangenen inzwischen bekannt geworden ist, war der Dienstaufsichtsleiter der JVA Bruchsal im Herzen der Befehlszentrale im Beisein des Anstaltskommandanten von einem Gefangenen niedergestochen worden. Nähere Einzelheiten, wie und auf welche Weise es dazu kam, sind für die Verwahrten und den Gefangenenrat noch nicht bekannt geworden. Wir haben darüber noch keine exakten Informationen. Zu viele widersprüchliche Gerüchte sind im Umlauf, als daß man hierzu Konkretes berichten könnte.

Die Ausführung der Tat läßt auf die Reaktion einer langjährigen furchtbaren Unterdrückung des Gefangenen durch die Menschenverwalter schließen, insbesondere deshalb, weil die Bonzenjustiz solche Vorfälle gerne in einen Mantel des Schweigens hüllt, damit nicht bekannt wird, was wirklich für Verzweiflungstaten auf Grund der unmenschlichen Haftbedingungen sich hinter den Mauern ereignen. Diese Seite der Medaille wollen sie nämlich mit ihren Phrasen und Alpha-Gefangenen ständig übertünchen. Dabei ist es in Bruchsal öfter passiert, daß hin und wieder ein Einschließer in eine Gefangenenfaust läuft. Anschließende Prozesse finden dann meist in aller Ruhe statt, so daß die Öffentlichkeit nicht erfährt, was für tatsächlicher Stunk hinter den Mauern seine Blüten treibt.

Fest steht, daß der durch einen tiefen Messerstich (30 Zentimeter unterhalb des Herzens) verletzte Menschenverwalter schwer verletzt, aus einer Wunde am Bauch blutend und auf einer blutübergossenen Bahre liegend an Mithäftlingen vorbei ins Krankenhaus geschleppt wurde, das nebenan vom Zuchthaus liegt, wo er sofort operiert worden sei

Ob der Menschenverwalter bei einer versuchten Geiselnahme oder aufgrund eines Wutausbruchs des jahrelang in strenger Einzelhaft gehaltenen Mitgefangenen angegriffen worden war, ist zunächst noch ungewiß. Jedoch ist anzunehmen, daß er es seinen zynischen Peinigern, die ihm lächelnden Gesichts jahrelang alles ablehnten, zurückzahlen wollte Da es überdies eine Strafe von mehrmals lebenslänglich verbüßt, dürfte es für ihn keine strafrechtlich relevanten Folgen haben

Zur Person des sogenannten „Opfers", des Dienstaufsichtsleiters Fessler, wäre noch zu sagen, daß er im großen und ganzen ein Menschenverwalter ist, der sich um den Anstaltssport „verdient" gemacht hat, den aber weder die geistigen, die körperlichen, die seelischen noch die sexuellen Nöte der Eingekerkerten interessiert haben dürften Trotzdem galt er bei den Gefangenen noch als „liberal", wenn diese Definition in einem Drecksknast wie Bruchsal, wo der Menschenunterdrücker Rosen den schärfsten und unmenschlichsten Vollzug in Deutschland durchführt, überhaupt noch Wert hat Er war eben der Tröster und Entschärfer berechtigter Forderungen Fesslers Diplomatie war die, daß er sich immer mit Versprechungen den Gefangenen gegeüber aus dem Schußfeld brachte Gleichwohl bestand seine Hauptaufgabe darin, die Gefangenen an den Sport zu binden und bei ihnen Hoffnungen zu mobilisieren, damit „Ruhe und Ordnung" im Hause herrsche

Auf jeden Fall zeichnete sich der Dienstaufsichtsleiter nicht durch Berührungsangst aus, wie etwa sein Kommandant, den Oberregierungsdirektor Rosen, den man nur alle Jubeljahre einmal, und dann nur im Vorstandszimmer oderauf der Knastmauer zu Gesicht bekommt!

Hingegen war Fessler bei weitem nicht der verhassteste Verwalter in Bruchsal, zumal er noch einen Funken von „Anstand" behielt, trotzdem er nur eine Schachfigur auf einem Schachbrett war und sein durfte, auf dem der Kommandant Rosen die Züge in seiner Kommandozentrale nicht nur festlegte, sondern überdies noch bestimmte Daher neigte der Dienstleiter mehr oder weniger stark dazu, Versprechungen zu machen, die er erstens nicht realisieren konnte, für die er zweitens keinen Rückhalt bei seinem Kommandanten fand, so daß er deshalb auch bei „einsichtigen', Verwahrten ab und zu in Mißkredit geriet, bei denen er dennoch stets um „Vertrauen" bemüht war

Erste Reaktionen auf diese Tat in den Reihen der Verwahrten waren diese (nachdem das Ereignis bekannt geworden war), daß viele meinten, es hätte nicht unbedingt Fessler zu treffen brauchen, sondern eher den Knastkommandanten

Zum Psychogramm des „Täters" wäre zu sagen, daß er in einer ausgebeuteten Situation aufwuchs. Vor allem hatte er eine schwere Jugend im wahrsten Sinne des Wortes zu erdulden. Verständnislos und lieblos wurde er in Heimen umhergestoßen. Zeit seines Lebens wurde ihm mehr Sadismus als Liebe zuteil. Unzählige Menschen haben im Verlauf seines bisherigen „Lebens" mit perversen, sadistischen und dubiosen Trieben auf ihm herumregiert, so daß er nun zurückschlug, vielleicht nicht ganz angemessen. Der Direktor entkam.

Hungerstreiks und andere Proteste der Gefangenen in der JVA Bruchsal werden so gut es geht verschwiegen, obwohl sie häufig in dieser Anstalt zu tage treten. Indizien für diese Proteste hinter den Anstaltsmauern von Bruchsal sind: Niederschlag eines Schließers in der Anstaltsschlosserei. Wenn auch der Anlaß dafür woanders gelegen haben sollte, so war er doch aufgrund der ständigen Repressalien erfolgt. Oft kommen ja die Wutausbrüche erst dann, wenn das Faß am Überlaufen ist. Ein andermal wird ein Wärter in der Eisengießerei angegriffen, und zwar so, daß er laut um Hilfe schreiend aus dem Anstaltsbetrieb hüpfen muß. Von den vielen Hungerstreiks, die ständig in dieser Anstalt ein Ausdruck des gewaltigen Protests gegen die Haftbedingungen sind, ganz zu schweigen. Weil die Streiks

mal von Einzelpersonen, mal von nur wenigen Häftlingen durchgeführt werden, kamen sie nie ans Licht der Öffentlichkeit. Wie die Gefangenen aber von Zeit zu Zeit auf diese perverse Scheinwelt hinter den Mauern reagieren, zeigte sich am Montag wieder in aller Deutlichkeit. Die Unterdrücker verschweigen so etwas gerne, weil sie weismachen wollen, daß sie eine uneinnehmbare Festung beherrschen, in der auch kein zu allem Entschlossener den Kommandanten oder einen anderen Chefunterdrücker beliebig gefährden könnte.

(Presse-Info des Gefangenenrats, Frankfurt, Glauburgstr. 75 a)

ANWÄLTE DURFTEN NICHT ZU DR. HUBER HUNGERSTREIK UNBEFRISTET UND BEDINGUNGSLOS

LUDWIGSBURG (ID) 13. November

„Dr. Wolfgang Huber befindet sich seit dem 6.11.75 im unbefristeten und bedingungslosen Hungerstreik. (siehe ID 100)

Er war ärztlicher Funktionsträger im Sozialistischen Patientenkollektiv (SPK) an der Universität Heidelberg. Infolge der Zerschlagung des SPK wurde u.a. Dr. W. Huber zu einer viereinhalbjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Zur Zeit wird er in der JVA Ludwigsburg gefangen gehalten. Nach Presseinformationen ist er am 12.11.75 in des Vollzugskrankenhaus Hohenasperg verbracht worden. Im Dezember 1974 übernahm ich das Mandat von Dr. W. Huber. Aus diesem Auftrag stellte ich mit Schriftsatz vom 19.12.74 an den Leiter der JVA Ludwigsburg den Antrag auf Herausgabe der gesamten Habe an meinen Mandanten.

Mit Schreiben des Anstaltsleiters Scham im Juni 1975 wurde meinen Kollegen Laubscher, Becker und Haag mitgeteilt, daß es sich nach „hiesiger Auffassung" (Auffassung des Anstaltsleiters) bei der Tätigkeit meiner Kollegen, „zumindest bei der Tätigkeit in einer Gnadensache" nicht um anwaltliche Tätigkeit handele und daher der Briefverkehr zwischen Dr. W. Huber und meinen Kollegen nicht als Verteidigerpost deklariert werden dürfe. Rechtlich gesehen konsequent falsch wurde ein Schreiben meiner Kollegen an Dr. W. Huber nicht ausgehändigt und an sie zurückgesandt.

Ebenso wurde verschlossene Post meines Mandanten an mich, mit dem Hinweis, es handele sich nicht um Verteidigerpost, angehalten. Es sei meinem Mandanten jedoch unbenommen, in Zukunft die Verteidigerpost unverschlossen zur Weiterleitung vorzulegen.

Am 7.7.75 sandte ich Verteidigerpost an meinen Mandanten. Am 15.7.75 erhielt ich meine Verteidigerpost zurück zusammen mit einem Begleitschreiben des Anstaltsleiters. In diesem Schreiben teilte er mir mi , daß eine Verteidigertätigkeit für Dr. W. Huber durch § 148 StPO nicht „gedeckt" sei. Im übrigen verwies er auf die in seinem Schreiben an die Kollegen Laubscher, Becker, Haag geäußerte Rechtsauffassung.

Ich führte danach noch zwei Verteidigergespräche mit meinem Mandanten bis mir am 22.8.75 eröffnet wurde, daß in Zukunft Verteidigergepräche nicht mehr gestattet sein werden.

Am 3.11.75 erteilte mir Dr. W. Huber Vollmacht für eine Strafsache wegen Beleidigung, Az.: 3 Cs 957/75. Als ich am 7.11.75 meinen Mandanten besuchen wollte, wurde mir trotz Vorlage dieser Vollmacht ein Verteidigergespräch, unter dem Hinweis auf die bereits oben erwähnte Rechtsauffassung, untersagt.

Als am 12.11.75 mein Kollege Dr. Klaus Croissant, trotz gültigen Mandats, Dr. W. Huber sprechen wollte, wurde ihm nach Rücksprache der Anstaltsleitung mit dem Justizministerium Baden-Württemberg – Ministerialdirigent Rebmann – durch die Anstaltsleitung eröffnet, daß es sich bei seiner anwaltlichen Tätigkeit um einen Trick handele. Jedenfalls sei seine Tätigkeit nicht durch § 148 StPO gedeckt. Die Maßnahmen der Leitung der JVA stellen in ihrer Wirkung einen Verteidigerausschluß gegenüber meinem Kollegen und mir dar. Das Recht schließt so ein Organ der Rechtspflege und damit sich selbst aus.

Nicht zuletzt aus diesem Grund trat Dr. W. Huber am 6.11.75 in den Hungerstreik, nachdem ihm vorher bereits, nach glaubhaften Informationen, gekürzte Essensrationen zugeteilt wurden. Weiteren willkürlichen Maßnahmen ist mein Mandant unkontrollierbar ausgesetzt.

Jürgen Schiffer, Rechtsanwalt, 68 Mannheim 1, G7,7, Telefon 25366."

MITTEILUNGEN DR. HUBERS ZUM HUNGERSTREIK
(Auszüge, siehe dazu auch ID 99 „Zu Haftbedingungen Dr. Hubers")

6. November (.....)

„Wahr und nicht gelogen, BRD und nicht Rußland.

Wer hier hungerstreikt, bekommt fürs erste die Luft abgestellt, bleibt unter allen denkbaren Umständen Tag und Nacht unter Verschluß. Wenn diese Maßnahme indirekter, innerlicher Zusatzvergiftung den Henkern nichts nützt, dann wird, ihm auch noch das Wasser abgestellt. Danach wird er zum Beispiel in das Vollzugsirrenhaus Hohenasperg verschleppt, auf jeden Fall aber dem dortigen heimlichen Häuptling, dem bekannten Heerespsychiater von Hitlers Waffen-SS, Herrn Dr. Mauch, heute zu Diensten von Landesvater Filbinger – der „unserem geliebten Führer" gerichtsnotorisch noch Monate nach Kriegsende (ca. 60 Millionen Ermordete, entsprechend potenzierte Milliarden-Profite) „Recht" gesprochen hat und dessen Adlatus, dem Sühne-Bender (auch andernorts bekannt durch die Meuchelmorde im Mannheimer Knast) – dieser besonderen Zierde der Ärztezunft der wird er dann zu treuen Händen überstellt.

Leute, dieser Hungerstreik ist mir ein Festmahl, von dem ich sicher bin, daß es mir, wo irgend möglich, noch Tage nach meinem Tod schmecken wird, wann immer das ist. (...)

Zucht- und Tollhaus Ludwigsburg."

Kontaktadresse: Gerhard Schuck, 68 Mannheim, G7,24

KUNG–FU AUSBILDUNG FÜR DIE POLIZEI

ESSEN (ID) 12. November

Nach einem dpa-Bericht wird die Mönchengladbacher Polizei jetzt von einem ehemaligen mongolischen Mönch und Kung-Fu-Philosophen im fernöstlichen Nahkampf ausgebildet. Meister Sifu Tse hatte schon die berüchtigte südkoreanische Elitetruppe „Black Panther" ausgebildet. Mit etwas religiösem Brimborium will er die 30 Polizisten zur „härtesten Truppe Europas" ausbilden. Das wird ihm durch die Tatsache erleichert, daß die „Deutschen diszipliniert und schnell sind"; schon jetzt hält er sie für „die besten Asiaten Europas".

In dem Bericht wird stolz von den „pfeifenden Atemgeräuschen und dröhnend gutturalen Befehlen" erzählt, die dann in totale Stille umschlägt, wenn die Kämpfer meditieren. Vor jeder Runde sprechen die Polizisten einen Verschnitt-Schwur der Shaolim Mönche „Ich gelobe, nicht zu stehlen, Recht zu brechen (?, Anm.) und mich in Wort und Tat jeder Situation anzupassen". Was damit im Polizeieinsatz gemeint sein kann, bleibt abzuwarten.

"BRIEFMARKEN FÜR GEFANGENE ? "

WETZLAR (ID) 12. November

Die amerikanische und englische Sektion der internationalen „Schwarzkreuz-Gefangenenhilfe" ruft alle Genossen auf, die Briefmarken, die sie erhalten, nicht in den Papierkorb zu schmeißen, sondern einmal monatlich einzusenden. Schwarzkreiz ordnet und verpackt die Marken und verkauft sie. Aus dem Erlös wird eine Kampagne für spanische inhaftierte Genossen finanziert sowie direkte Hilfe organisiert. Sammelstelle für Deutschland: Freie Presse, c/o impuls, 633 Wetzlar, Postfach 1704. Wir leiten die Briefmarken weiter. Merke: auch die Abfallprodukte der Bürokratie helfen im Klassenkampf"

„PORTUGAL-NACHRICHTEN" PROJEKT FÜR DEN AUFBAU EINER PORTUGAL-SOLIDARITÄTSBEWEGUNG

FRANKFURT (ID) 13. November Regelmäßige ID-Leser haben gemerkt, daß der Nachrichtenschwerpunkt „Zur Lage in Portugal" seit den ID-Ferien verschwunden ist, daß die Berichterstattung über den revolutionären Prozeß dort weniger Raum einnimmt als vorher. Ihnen ist zu sagen, daß das nicht ersatzlos geschehen ist.

Seit Anfang September gibt es, wöchentlich herausgegeben in Frankfurt, die „Portugal-Nachrichten", von denen in der vergangenen Woche die Nr. 10 erschienen ist. In dieser Nummer hat die PN-Redaktion zum ersten Mal ihr Selbstverständnis formuliert. Wir veröffentlichen daraus die wichtigsten Passagen:

„... Die Redaktion bestand zunächst aus zehn Genossen, drei Mitglieder der GIM, drei Mitglieder der SAG (sie gehörten zu der oppositionellen Minderheitstendenz innerhalb der SAG und sind inzwischen aus der SAG ausgetreten), zwei Mitglieder des Spartacusbundes, sowie zwei unorganisierte Genossen.

Die Mitarbeit der Genossen des Spartacusbundes dauerte allerdings nicht sehr lange. Inzwischen hat sich die Zahl der Redakteure auf 14 erhöht und das politische Spektrum ausgeweitet. Außer einigen Unorganisierten stießen drei Genossen der Portugalgruppe im RK (Revolutionärer Kampf) zur Redaktion hinzu.

Über diese „engere" Redaktion hinaus gibt es sozusagen eine „erweiterte" Redaktion, die nicht unerwähnt bleiben soll: die Leser der Portugal-Nachrichten und vor allem die bestehenden Portugal-Komitees oder Portugal-Initiativen. Sie haben bereits bisher unsere redaktionelle Arbeit hier in Frankfurt schon ansatzweise initiativ und solidarisch kritisch unterstützt. Diese „Rückkoppelung" hat für uns eine sehr wichtige Bedeutung, denn wir wollen nicht irgen abgehoben unsere Zeitung machen. Deshalb werden wir versuchen, diese Verbindungen in nächster Zeit erheblich auszubauen.

Die PN wollen kontinuierlich daran arbeiten, gegenüber der Hetze der bürgerlichen Massenmedien eine Gegenöffentlichkeit über den revolutionären Prozeß aufzubauen ..."

„Die PN lehnen es ab, sich über das unten formulierte politische Selbstverständnis hinaus enger politisch festzulegen, weil wir meinen, daß das Projekt der PN von einem breiten Spektrum der revolutionären Linken getragen werden kann. Wir werden versuchen, bisher noch nicht beteiligte politische Strömungen, wie das Sozialistische Büro, die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG), den Kommunistischen Bund (KB), den Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW), den Spartacusbund, und so weiter für die Mitarbeit an den PN zu gewinnen.

In den PN bringen wir keine theoretisch-analytischen Artikel, die evtl. auch noch von den einzelnen politischen Organisationen unterzeichnet werden. Wir meinen, daß dafür woanders Platz ist, nämlich in den Parteiorganen dieser Organisationen, und daß es nicht mit dem Konzept der PN vereinbar ist, die Redaktion nach dem Delegiertenprinzip aufzubauen ..."

„... Wir gehen davon aus, daß es sich in Portugal um den Prozeß einer sozialistischen Revolution handelt.

Erstmals seit Jahrzehnten wieder steht in einem europäischen Land die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung.

Nicht nur die Bourgeoisie in Portugal, sondern vor allem die internationale Bourgeoisie versuchen, mit allen Mitteln und international miteinander koordiniert, die portugiesische Revolution wirtschaftlich, politisch und militärisch abzuschnüren und zu ersticken. Die Präsenz und der Druck des BRD-Kapitals in Portugal, die Schlüsselrolle der BRD in NATO und EG stellen den BRD-Imperialismus an die Spitze dieser Kräfte.

Eine siegreiche Revolution in Portugal hätte direkte internationale Auswirkungen: Ansporn für den revolutionären Aufschwung des Proletariats in anderen europäischen Ländern, möglicherweise sogar Auslösung von vorrevolutionären oder revolutionären Situationen in einer Reihe dieser Länder (Spanien, Italien, Frankreich), andererseits wird ein bedeutender Rückschlag der Revolution in Portugal – etwa der Ausbruch eines langwierigen und blutigen Bürgerkrieges (vergleichbar mit dem spanischen Bürgerkrieg) – oder gar eine vernichtende Niederlage (etwa wie in Chile) sehr negative Rückwirkungen auf die Entwicklung der Kämpfe des Proletariats in anderen europäischen Ländern haben.

Aus diesem Grund ist eine starke internationale Solidaritätsbewegung notwendig (gerade auch in der BRD).

Portugal darf nicht das Chile Europas werden!

Alles für den Sieg der sozialistischen Revolution in Portugal!

Eine der wesentlichen Errungenschaften der portugiesischen Revolution und eine der wesentlichen Voraussetzungen für ihren Sieg sind die autonomen Organe der Selbstorganisierung der Arbeiterklasse und der anderen unterdrückten Schichten der Bevölkerung (Arbeiterkommissionen, Moradores-Kommissionen, Soldatenkommissionen, Volksversammlungen usw.).

Diese autonomen Kampforgane der portugiesischen Massen sind von großer Bedeutung für das Voranschreiten des revolutionären Prozesses in Portugal. Sie müssen ausgeweitet werden, sowie auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene koordiniert und zentralisiert werden, sich in echte Räte umwandeln, die die Gesamtheit der Arbeiterklasse und der anderen unterdrückten Schichten des Volkes organisieren, um schließlich in der Wahl einer nationalen Volksversammlung zu münden. Autonom von der Bourgeoisie und ihren Parteien, alternativ zum bürgerlichen Staatsapparat, nach den Prinzipien der Arbeiterdemokratie funktionierend müssen sie zur Keimform der zukünftigen Arbeitermacht werden.

Eine solche Konkretisierung des Gedankens der Rätedemokratie wird von beispielhafter Bedeutung für die gesamte europäische Arbeiterklasse sein!

Alle Versuche, diesen Prozeß der autonomen Selbstorganisation der portugiesischen Massen frontal anzugreifen, bürokratisch zu bevormunden, parteiegoistisch zu beschränken, oder in den bürgerlichen Staatsapparat zu integrieren und ihn als Druckmittel auszunutzen, um die Positionen seiner eigenen Partei in der Regierung oder im bürgerlichen Staatapparat zu stärken, dienen letztlich nur der Bourgeoisie.

Diese Organe der Selbstorganisierung der portugiesischen Massen sind bereits heute in der Lage, zehntausende oder hunderttausende im ganzen Land zumobilisieren: Genossen von verschiedenen revolutionären Organisationen, Mitglieder der PCP und der PS, sowie zehntausende von Unorganisierten.

Unterstützen wir die Arbeiterkommissionen, die Soldaten- und Mieterkommissionen, die Volksversammlungen – die Basis der zukünftigen Arbeitermacht!

Mit diesem Prozeß der sozialistischen Revolution in Portugal, mit dieser konkreten Form, die dieser Prozeß angenommen hat, solidarisieren und identifizieren sich heute in der BRD tausende von Genosssen verschiedener revolutionärer Organisationen, über Teile der Mitglieder der DKP (SDAJ, MSB) und der SPD (Jusos) bis hin zu Gewerkschaftsaktivisten und der großen Zahl von Unorganisierten.

Dieses gesamte Potential muß für die Verteidigung der Sozialistischen Revolution in Portugal gewonnen werden! Dies kann nicht dadurch erreicht werden, daß jede linke Organisation einzeln ihre eigene Portugalarbeit macht.

Es reicht auch nicht aus, mit politisch möglichst nahestehenden Organisationen punktuelle Aktionseinheiten einzugehen, wie z.B. während der Portugal-Woche.

Wir treten – ohne uns auf starre Rezepte zu fixieren – für den Aufbau von kontinuierlich arbeitenden partei bzw. gruppenübergreifenden Komitees und Initiativen ein, die auf einer gemeinsamen politischen Grundlage arbeiten und in denen Mitglieder von politischen Organisationen und Unorganisierte mitarbeiten. Und wir treten ein für eine Koordinierung dieser Aktivitäten. Schon heute gibt es in zahlreichen Städten der BRD solche Gruppen. In ihnen wird all den Genossen, die für die Revolution in Portugal aktiv werden wollen, die Möglichkeit gegeben, organisiert und effektiv zu arbeiten, ohne sich an eine der bestehenden politischen Organisationen anschließen zu müssen.

Die Portugal Nachrichten wollen den Aufbau einer solchen koordinierten Solidaritätsbewegung unterstützen ..."

AUSLAND

„DIE REVOLUTION WIRD NACH DEM WILLEN DES VOLKES GEMACHT"

BARRAO DE SAO JOAO (ID) 11.November

Unser erster Bericht aus Barrão (ID 97) hatte eine der wichtigsten Initiativen des Dorfes in der Algarve, das Internationale Arbeitscamp, nicht erwähnt. Jetzt erreichte uns ein zweiter Bericht, der dessen Bedeutung für die Dorfbewohner und die Teilnehmer darstellt:

„Mit dem Beginn des kommenden Vorlesungsjahres am 1.Oktober wird eine der erstaunlichsten Initiativen in Gefahr gebracht, die während der Sommermonate in der Algarve in Angriff genommen wurden – die Gefahr besteht im Mangel an e... rechenden Einrichtungen.

Wir sprechen von dem Internationalen Arbeitscamp in der Grundschule von Barrão de São João (Gemeinde im Bezirk Lagos), die bisher ungefähr 300 Jugendliche empfing, die an der „portugiesischen Erfahrung" interessiert sind und daran, Tag für Tag die Arbeit und die Anstrengungen der Bevölkerung zu teilen, die sich jetzt ihrer Situation und ihrer eigenen Macht gegenübergestellt sieht.

Nach dem Aussagen von Deodato Santos, dem Präsidenten der Gemeinde und Initiator dieser Aktion, muß die Schule mit Beginn des neuen Schuljahres wieder für ihre üblichen Funktionen bereitgestellt weden. Dadurch stellt sich jetzt mit Dringlichkeit die Frage, ob dem Camp in Zukunft andere Einrichtungen zu seiner Weiterführung zur Verfügung stehen oder ob man es aus Mangel an passenden Lokalitäten schließen muß.

Gerade jetzt, in der aufsteigenden Phase des Camps – nach einem schwierigen Anlauf, der nur durch die Beharrlichkeit einiger Aktiver schließlich erfolgreich war – und in einem Moment, wo das ganze Erfahrungspotential brauchbar und wirksam werden könnte, verstehen alle die Unruhe des Initiators und der Mannschaft, die näher mit ihm zusammenarbeitet.

Es handelt sich nämlich um ein Arbeitscamp mit Charakteristika „sui generis", denn die Jugendlichen organisieren sich freiwillig, ohne jeglichen Zwang oder Vorschriften. Natürlich arbeiten sie mit dem Volk dieser Gegend nach einem in groben Zügen vorbereiteten Plan, aber nicht nach unbeweglichen Verhaltensregeln.

Platz für Ideen

Hier kann man seine Phantasie und schöpferische Initiative anbringen. Von Seiten der portugiesischen Teilnehmer ist eine gewisse sterile Kritik gegenüber dieser freizügigen Organisationsform der Selbstverwaltung zu verzeichnen, vielleicht wegen ihres Alters, das bei 14, 16 und 18 Jahren liegt. Unter den ausländischen Teilnehmern jedoch ist dieser Stil des „self government" (Deodato Santos ist ein nimmermüder Leser der Werke von Antonio Sergio und seiner pädagogischen Methode) gut aufgenommen worden, und der Organisator des Camps unterstreicht die Bedeutung der Selbstverwaltung dieses Unternehmens, von dem letzten Endes und für die ständig die Arbeiter des Dorfes profitieren werden.

Die Arbeiten, denen sich die Jugendlichen in enger Zusammenarbeit mit dem Volk widmen, sind verschiedenster Art: benachbarte Zufahrtswege zu erschließen, Dorfstraßen instand setzen (teeren und pflastern), landwirtschaftliche Produkte ernten und sammeln, ein Schutzdach für den öffentlichen Waschplatz bauen, wo Frauen täglich einige Stunden arbeiten, Reparaturen in Schule und anderen öffentlichen Gebäuden durchführen, Brunnen erschließen, Brücken bauen und viele andere Dinge, die für das tägliche Leben der ländlichen Bevölkerung notwendig sind.

Im Gegensatz zu dem, was Städter zu wissen glauben, gibt es in einem Dorf viel zu tun, und es gibt immer und für alle Arbeit. Für diejenigen, die bereit sind, sich in das Lebensmuster des ländlichen Arbeiters einzufügen, für die, die nicht dorthingehen mit Karrieredenken, für die, die bereit sind, ihr Lebensniveau auf das niedrige ländliche herunterzuschrauben, die sich opfern und Entbehrungen und unvorhergesehene Situationen in Kauf nehmen wollen.

Schließlich könnte und müßte man in den ländlichen Gebieten Portugals viele Arbeitslose beschäftigen – dabei wäre die Frage, wieviele von ihnen bereit wären, anfängliche Opfer zu bringen, nochmals von vorn anzufangen, sich in eine gemeinschaftliche Aufgabe einzufügen, für die sie sich einsetzen und für die sie ihre egoistischen Zukunfts-, Sicherheits- und Bequemlichkeitsinteressen zurückstecken. Es kommt darauf an, daß sich Initiativen wie diese ausbreiten, die flexibel genug und von der Regierung unterstützt sein sollten, die jedem offen stünden, und die es allen, die dorthin kommen, mit dem einzigen Vorsatz, die Emanzipation des Volkes voranzutreiben und Seite an Seite mit ihm zu arbeiten, ermöglichen würden, im rauhen, einfachen Leben des Dorfes an einem Wirtschaftsplan mitzuarbeiten.

Das Arbeitslager von Barrão will sich in keiner Weise über Einrichtungen wie den „servico civico" oder die „brigadas de dinamisacão" erheben – mit denen es übrigens optimal und regelmäßig zusammengearbeitet hat. Das Camp besitzt eigene Charakterzüge, die es verstärken will und die exemplarisch werden könnten für ähnliche Initiativen in der Zukunft.

Was Deodato Santos über die ideologische Zielsetzung des Camps sagt:

„Die Arbeitslager müssen als eine revolutionäre Aktion verstanden werden. Sie bilden Gruppen, die direkt im Innern des Landes mit anpacken, die den Kleinbauern helfen und die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern helfen. Es gibt Tausende von Aufgaben, die von geringer Bedeutung erscheinen, die jedoch, wenn sie einmal gelöst sind, den Einwohern viele Stunden harter und undankbarer Arbeit ersparen.

Unsere Funktion ist es, uns in deren Leben zu integrieren und herauszufinden, in welchen einzelnen Bereichen wir aktiv werden können. In jedem Arbeitslager mit seinen eigenen Charakteristiken, die aus der Organisationsarbeit eines jeden hervorgehen, herrscht überall die gleiche Devise: Arbeit und Phantasie, Kreativität und Einfühlungsvermögen. Der Teilnehmer kommt nicht an einen Ort, wo alles schon vorbereitet ist und er sich drauf beschränken kann, vorherbestimmte Aufgaben auszuführen: er organisiert selbst, ergreift die Initiative.

Wir sind gekommen, um etwas zu lernen, laßt uns die Vorstellung, wir könnten den Leuten etwas beibringen, mit der Wurzel ausrotten! Wir wollen der Theorie die Macht der Praxis

zur Seite stellen, dem Denken die Schärfe und Genauigkeit, die nur vermittels der vernünftigen Anwendung physischer Energie möglich sind.

Kritik üben, indem man handelt

Der Teilnehmer kann nicht bemängeln, das Arbeitslager sei unzulänglich, denn die Effektivität des Lagers hängt genauso von seinen eigenen Bemühungen ab — er kritisiert, indem er handelt.

Die Gruppe organisiert sowohl Arbeit als auch Freizeitbeschäftigung. Nach und nach müssen alle in die Bevölkerung integriert werden, sie sind für die Bevölkerung (da). Das Arbeitslager führt kein vom Dorf getrenntes Leben, alle Teilnehmer müssen in sich selbst die Tendenz bekämpfen, sich auf sich selbst zurückzuziehen, die Gruppe muß die Bevölkerung über die Arbeit für sich zu gewinnen suchen, nach einer gewissen Zeit muß sie mit der Bevölkerung identisch sein, sie muß ihre Bedürfnisse widerspiegeln. Nur so wird es möglich sein, in Einklang zu kommen mit dem wirklichen Volkswillen.

Niemand kommt, um Forderungen zu stellen, nur das Volk hat das Recht dazu, und die Teilnehmer der Arbeitscamps arbeiten im Auftrag des Volkes. Die Aktivitäten folgen diesem ideologischen Vorsatz: Wir sind vom Volks beauftragt, wir werden von ihm lernen, die Gruppe leistet revolutionäre Mitarbeit. Davon ausgehend, ist die Aktivität von uns allen abhängig, die Lösung der täglichen Probleme liegt einzig und allein in unserer Verantwortung.

Die Unterbringung der Teilnehmer ist von Camp zu Camp verschieden. Einige benutzen Zelte, Kasernen werden auch in Anspruch genommen. Andere mögen vielleicht einfache Häuser bewohnen. Auf jeden Fall sollten wir uns auf eine ländliche Lebensweise einstellen, wo wir die Bequemlichkeiten der Städte nicht antreffen werden.

Verbrüderung und Aufklärung

Alle Gelegenheiten — einer, der das Camp verläßt, ein anderer, der ankommt — werden von den Jugendlichen der Gruppe genutzt, um Feste des Zusammenseins und der Verbrüderung mit der Dorfbevölkerung zu feiern, Feste, die gegenseitige Aufklärung und Kennenlernen fördern. Als der Initiator seine Idee vermittels der „commissão Regional de Turismo do Algarve" der Generaldirektion des Tourismus unterbreitete, erhielt er die beste Unterstützung und 50 000 Escudos für den Start.

Durch Vermittlung des TAOJ kann die Gruppe auch mit 40 Escudos täglich für jeden Teilnehmer rechnen. Wie es sich herausgestellt hat, sind diese Hilfen jedoch nicht ausreichend.

Wenn einmal die Frage der zukünftigen Unterbringung gelöst ist — und sie stellt zur Zeit die größte Schwierigkeit dar — bereitet man sich schon mit gerechtem Eifer darauf vor, die Nachbargemeinden in dieses Projekt der Selbstversorger Gemeinschaft einzubeziehen — ein Projekt, das sich mit der neuen Erfahrung von Barrão abzuzeichnen beginnt.

Denn dies hier ist der Anfang — ein sehr erfolgreicher und fortschrittlicher — von einer Sache, die sich zu einer kompletten neuartigen „Internationalen Gemeinde" entwickeln könnte.

Wiederentdeckung des traditionellen Handwerks

Die Bildung einer handwerklichen Kooperative wird von Inge, der Gefährtin Deodatos, vorangetrieben, die für solche Aufgaben zuständig ist. Ziel ist es, im Rahmen des gemeinschaftlichen Lebens und einer wirklichen kulturellen Revolution, das traditionelle Handwerk wieder aufleben zu lassen wie Spitzenarbeiten, Korkarbeiten, Gebäck der Gegend, Keramik und Tonarbeiten. Eine Delegation — Deodato Santos und seine Frau Inge — kommt im November in die Bundesrepublik, um dort in allen Einzelheiten zu berichten, was das Experiment Barrão bisher bedeutet hat und welche Ziele es sich stellt. Im Mittelpunkt dieser Informationsveranstaltung wird das lokale Handwerk als besondere Attraktion ausgestellt werden.

Reich an archäologischen Funden, bietet die Region auch spezielle Bedingungen für eine „wissenschaftliche" Erforschung.

Pionier der Revolution

Schon vor dem Internationalen Arbeitscamp hatte es die ersten Schritte gegeben, hin zu einer Zusammenarbeit zwischen Leuten, die das Dorf besuchten und denen, die dort lebten.

Eine der Aufgaben, die erfolgreich durchgeführt wurden — eine kleine Brücke, die es ermöglichen sollte, den Bach, der um das Dorf herumfließt, zu überqueren — hat die Fähigkeit zu Solidarität und Einigkeit auf die Probe gestellt.

„Das war wirklich eine großartige Leistung von uns", sagt Deodato Santos, der sich inzwischen praktisch allein, nur gelegentlich von einigen Genossen unterstützt, an ein noch nicht bekanntgemachtes Projekt herangemacht hat: einen Brunnen von 7 m Tiefe zu graben und zu bauen, ein gewagtes Unterfangen für jemanden, der nicht weiß, wie man es macht, gleichzeitig eine hervorragende schöpferische Leistung, ein Kampf gegen den harten Widerstand von Stein und Felsen, ein Gedicht, das wahrlich nur ein Dichter „schreiben" und zum Erfolg bringen könnte.

An der Sache mit dem Brückenbau gab es ein bemerkenswertes kleines Ereignis: jemand riet dazu, vorher müsse man sich die Erlaubnis der dafür zuständigen „Direcção Geral dos Serviciaos Hidraulicos" einholen. Also tat man dies. Aber es kam keine Antwort auf die Anfrage, und der Bau der Brücke war dringend. Also entschied sich die Verwaltung — denn das war schon in der Zeit nach dem 25. April 74 — den bürokratischen Weg nicht abzuwarten... und als die Genehmigung schließlich eintraf, war die Brücke schon fertig. Als sie kam, war Deodato von der Bevölkerung auch schon zum Präsidenten des Gemeinderates gewählt worden — die Genehmigung war durch Volksentscheid erfolgt.

„Es wird auch in Zukunft solche Aufgaben geben. Gleich in der Nähe zum Beispiel einer der Wälder. Wenn wir uns den umfangreichen Wald ansehen, der das Dorf umgibt, erkennen wir einen dichten Wald von — man höre und staune — Akazien. Hier gibt es diesmal keinen einzigen Eukalyptusbaum zu sehen. Hier herrscht die Akazie vor, mit der Eigenschaft, sich unheimlich stark zu vermehren, deren landwirtschaftlicher Nutzen aber, wie wir erfahren, gleich Null sind."

Zur Zeit wartet die Bevölkerung gerade darauf, daß die Forstbehörde ihnen Bescheid gibt, welche Baum und Buscharten in dieser Gegend sonst noch vorkommen. Und ob es auch noch welche gibt, die zu mehr taugen, als nur zur Zellstoffproduktion.

Während in diesem Land so viele bisher nur geplappert haben — die einen, weil sie Freiheit forderten, die anderen, weil sie ihre Felle davonschwimmen sahen — war man in Barrão zur Tat entschlossen und wurde tätig.

MPLA-CHEF NETO ZU ANGOLAS UNABHÄNGIGKEIT

LUANDA (ID) Mitte Oktober

Formal ist Angola seit Dienstag, dem 11. November, unabhängig. Dafür kämpft die MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas) seit 14 Jahren. Dafür hat sie Schulen und Kindergärten eingerichtet, Straßen gebaut, eine authentische angolanische Kultur verbreitet. Sie hat, vor allem in der Hauptstadt Luanda, die Organe der Volksmacht (poder popular) unterstützt, die die angolanische Revolution tragen und vorantreiben sollen.

Gegner auf den Schlachtfeldern sind die beiden anderen Bewegungen, die FNLA (Nationale Front zur Befreiung Angolas) und die UNITA (Union für die totale Unabhängigkeit Angolas). Hinter denen stehen die USA und ihre imperialistischen Interessen, ihnen zur Seite stehen weiße Söldner, faschistische Milizen der ehemaligen portugiesischen Kolonialherren.

Zum Unabhängigkeitstag, der in Angola nicht wie in Mozambique, Guinea-Bissao und Kap Verde nur mit friedlichen Pauken und Trompeten gefeiert wurde, sprach die französische Zeitschrift „afrique-asie" mit Agostinho Neto, dem Chef der MPLA. Aus dem Gespräch die wichtigsten Passagen:

„Es geht hier nicht um die Übergabe der Gewalten an eine Übergangsregierung. Für uns hat Portugal kein Recht, dabei mitzureden. Wir hoffen nur, daß Portugal endgültig aufhört, Kolonialmacht zu sein.

Wir haben nicht umsonst 14 Jahre um unsere Befreiung gekämpft, wir sind daher entschlossen, unsere Unabhängigkeit auf jeden Fall zu erklären – ob mit oder ohne Einverständnis von Portugal; denn dafür kämpft unser Volk und opfert sein Blut. Wir haben dieses Recht, und die MPLA übernimmt es im Namen des gesamten angolanischen Volkes."

Auf der Seite des Gegners – sagt Neto – stünden unter dem Kommando von Holden Robertos FNLA und Jonas Savimbis UNITA militärische Kräfte aus Zaire (dessen Staatschef Mobutu ist Schwager von H. Roberto), unterstützt von Beratern aus China, Tunesien, USA, Portugal, Südafrika, Israel und – deutsche Nazis.

„Wir hoffen nicht, daß die portugiesische Regierung, wie es zu hören war, den Tag der Unabhängigkeit bzw. die Anerkennung Angolas als unabhängigem Staat rauszögern will. Wir betrachten es jedoch mit Sorge, daß im Moment (das Interview wurde Mitte Oktober gemacht, d. Übers.) noch etwa 16.000 portugiesische Soldaten in unserem Land sind, vor allem in Luanda.

Wir sind ebenfalls besorgt, daß es unter diesen Soldaten, da sie keine täglichen Beschäftigungen haben, zu Disziplinlosigkeit und Rebellion kommen kann – was zu Auseinandersetzungen führen könnte. Wir wollen aber gute Beziehungen zum portugiesischen Volk haben."

Auf dem afrikanischen Kontinent gebe es einerseits viele Völker, deren Repräsentanten sich für die MPLA ausgesprochen hätten und gegen die ausländischen Aggressoren. Andere Völker aber seien angesichts der schwierigen Situation in Angola verwirrt. Auch die OAU (Organisation für die Einheit der afrikanischen Staaten) scheine die eigentliche Gefahr, den Neokolonialismus, nicht sehen zu wollen, der in Angola eine Bastion verteidigen wolle.

Sie sollten jedoch wissen, daß in Angola dieselben Kräfte auf eine Teilung des Landes, auf eine Sezession drängten, die bereits die Trennung Katangas vom alten Kongo-Leopoldville bzw. Biafras von Nigeria unterstützt hätten.

„Was die ausländische Intervention betrifft: es gibt zweifellos Offiziere und Soldaten aus Zaire und aus Südafrika. Und eine Verstärkung dieser Kräfte von außen ist möglich. Daher haben wir die Generalmobilmachung beschlossen: jeder Mann und jede Frau müssen die Waffe in die Hand nehmen. Das ist der Volswiderstand, gegen den der Imperialismus niemals siegen kann. Der Mythos von den „Einflußzonen" der UNITA kann sich schon heute kaum mehr halten. Unsere Streitkräfte sind in ihre Gebiete eingedrungen, und praktisch die gesamte Bevölkerung in der Region Nova Lisboa unterstützt jetzt die MPLA."

Zur Rolle Chinas, das sowohl die FNLA wie die UNITA unterstützt und das der MPLA jede Hilfe entzogen hat mit der Begründung, sie sei eine sozial-imperialistische Organisation, sagt Neto:

„Die Volksrepublik China hat – vor allem durch ihre Unterstützung von Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika – eine wichtige Rolle auf unserem Kontinent. In einigen Fällen aber irrt sie, weil ihr eine richtige Analyse fehlt. Wie im Fall Angola.

Wir erleben hier, daß China an der Seite der USA die einzig fortschrittlichen Kräfte bekämpft. Aber von unserer Seite gibt es keine feindliche Haltung gegenüber China, im Gegenteil, wir wollen gute Beziehungen, und wir werden sie nach der Unabhängigkeit mit China aufnehmen."

Die USA – fährt Agostinho Neto fort – träten nach ihren Niederlagen in Vietnam und Kambodscha nicht offen auf, sondern durch ihre Söldner bzw. ihre massive Unterstützung für FNLA und UNITA.

„Unser Hauptproblem ist die Verteidigung unseres Landes gegen die ausländischen Invasoren. Die zweite Aufgabe ist der Wiederaufbau der Verwaltungsorgane, die die Portugiesen schlicht und einfach liegen gelassen haben. Die Entwicklung der Wirtschft, vor allem der Landwirtschaft, ist die dritte große Aufgabe."

Die MPLA sei nicht rassistisch, dank ihrer Politik könnten in Angola alle leben, alle Portugiesen seien willkommen, die das Land mit aufbauen wollten. Das Risiko solcher Einwanderer für Angola müsse im Vertrauen auf die Wachsamkeit des Volkes gesehen werden.

INFORMATIONEN ZU ANGOLA

BIELEFELD (ID)
13. November

Zur Unabhängigkeit von Angola hat das Aktionskomitee Afrika (akafrik) eine Kurzbroschüre herausgebracht, die ein Gegengewicht zur bürgerlichen Berichterstattung und ihrer Hetze gegen die MPLA darstellt.

Die Broschüre ist zu bestellen bei: Akafrik, 48 Bielefeld 1, August-Bebel-Str. 62

SCHWARZFAHRER ERSCHOSSEN

NEW YORK (ID/GUARDIAN)
12. November

Wohl um den anhaltenden Protesten gegen die 40%ige Fahrpreiserhöhung der New Yorker U-Bahn ein für alle Mal ein Ende zu setzen, hat ein Polizist der bankrotten Stadt mit einem bankrotten Argument reagiert: Er schoß den 48jährigen Schwarzen Paul Carlton tot, weil er sich am Ausgang der Fulton-Lafayette Station in Brooklin weigerte, den erhöhten Fahrpreis zu bezahlen. Ob gegen den Polizisten Mordanklage erhoben wird, ist noch nicht klar.

PENDLER ZERSTÖREN NAHVERKEHRSZÜGE

Rio de Janeiro (LNS, ID)
7. November

Tausende von Pendlern, die täglich aus den umliegenden Dörfern nach Rio de Janeiro zur Arbeit fahren, haben in den vergangenen Monaten über 20 Nahverkehrszüge verbrannt und zerstört, um gegen die Staus, Verspätungen und die unsicheren Fahrtbedingungen zu protestieren. Nach Angaben der Zeitung „Muhammed spricht" müssen ungefähr 500.000 arme Leute aus den Slums nördlich von Rio jeden Tag drei Stunden in den Zügen für die Fahrt verbringen, die eigentlich nur 40 Minuten dauern sollte. Nachdem sich die Passagiere in den verspäteten und verstopften Zügen drängen, wobei sich viele – trotz der großen Gefährdung – außen an die Türen und Fenster hängen, packt sie die Wut, wenn sie eine weitere Stunde Verspätung wegen des häufigen Zusammenbruchs des Verkehrssystems in Kauf nehmen müssen. Die schon gespannte Situation explodierte, als vor kurzem durch ein Zugunglück 15 Leute ums Leben kamen und 200 weitere verletzt wurden. „Muhammed spricht" beschrieb eine der vielen Pendler-Revolten, die nach dem Unfall ausbrach. Als 2.000 Passagiere auf dem T.C. Bahnhof, der schon von 300 Leuten verstopft war, aufgehalten wurden, nachdem sie zwei Stunden vorher den nur wenige Kilometer weit entfernten Belfort Roxo Bahnhof verlassen hatten, sprangen die zornigen Pendler aus dem Zug, stürmten den Bahnhof und warfen Steine. Sie zündeten zwei der Wagen an, bewarfen die anderen mit Steinen und demolierten sie, indem sie die Lampen, die Sitze, die Fenster, Türen und alles andere, was nicht festsaß, rausrissen.

Die aufgebrachte Menge zerstörte alle anderen Geräte, die auf dem Bahnhof herumlagen, und begrüßte die beiden Polizeistreifen, die der Bahnhofsvorsteher geholt hatte, mit einem Steinhagel. Die Ordnung konnte erst wieder hergestellt werden, nachdem Polizei- und Armeeverstärkung anrückte und mit Maschinengewehren über die Köpfe der Menge hinwegschoß. Die reaktionäre brasilianische Regierung, die für die öffentlichen Verkehrsmittel verantwortlich ist, gab zu, daß der Service schlecht ist, aber beschuldigte „Rebellen und Agitatoren" des Aufruhrs.

600 GEFOLTERTE IN DREI MONATEN

BOGOTA (ID)
11.November

Über die Ermordung des brasilianischen Journalisten Vladimir Herzog durch Folterungen hat auch die bürgerliche Presse berichtet (vgl. FAZ 11.11.). Bereits eine Woche früher veröffentlichte die „Alternativa" einen Bericht des US-Journalisten Jack Anderson, in dem er die Verallgemeinerung der Folter durch die brasilianische Militärdiktatur beschreibt. – Brasilien gehört zu den vom westdeutschen Kapital bevorzugten Investitionsländern.

„Als Präsident Ernesto Geisel im März 1974 die Macht übernahm, versprach er, mit Folterungen und anderen Verletzungen der Menschenrechte Schluß zu machen.

Aber eine Riesenzahl von Dokumenten, die durch geheime Boten und Schmuggel in die Nachbarländer oder per Post zu mir (Anderson) gelangt sind, beweisen, daß die Folterkammern mehr denn je benutzt werden. Es scheint, daß selbst Mitglieder von Foltereinheiten gefoltert wurden, weil sie sich einigen wilden Praktiken widersetzt hatten....

Das Studium dieser Dokumente zeigt, daß in den ersten drei Monaten dieses Jahres mindestens 600 Personen gefoltert wurden. Vor zwei Wochen wurden 52 Militärpolizisten verhaftet. Viele von ihnen wurden durch ihre fanatischen Kameraden gefoltert.

Das deckte der Erzbischof von Sao Paulo auf, Kardinal Paul Arns, der privat seinen Priestern empfahl, für die gefolterten Militärs zu beten.... Die Regierung beschuldigte ihn deshalb der „Störung der öffentlichen Ordnung"...

Im Brief des Kardinals wird der Fall des 63jährigen Leutnants José Ferreira de Almeida erwähnt, der im Juli verhaftet wurde. Nach drei Wochen durfte ihn sein Anwalt besuchen. Er fand ihn völlig zerschlagen. Ferreira war mit Schlägen und Elektroschocks behandelt worden.

Einen Monat später teilte die Polizei seiner Familie mit, er habe Selbstmord verübt...

Ein kommunistischer Abgeordneter wurde vor einigen Monaten verhaftet. Nach einem Monat durfte ihn seine Frau für 10 Minuten besuchen. Danach schrieb sie an den Staatspräsidenten Geisel folgenden Brief:

„Von meinem Mann habe ich nur noch den Rest eines Menschen gesehen, nur noch Haut und Knochen, durch die Mißhandlungen und Foltern. In einem Monat verlor er 25 Kilo Gewicht. Seine Arme sind rot und geschwollen, sie zeigen Foltermale. Seine Hände sind gefühllos durch die vielen Elektroschocks.... Ermorden Sie, Exzellenz, meinen Mann, aber foltern Sie ihn nicht. Zerstückeln Sie ihn nicht... "

Anmerkung: Auf unsere Anfrage bei der brasilianischen Regierung über die konkreten Anschuldigungen wurde uns nicht geantwortet, es hieß nur vage, in Brasilien gäbe es keine Folter".

US–LINGUISTIK–INSTITUT AUCH IN KOLUMBIEN AM PRANGER

BOGOTA (ID)
11.November

Unter der Überschrift „Linguistische Forschung als Counterinsurgency" stand im ID 98 ein Bericht über die Arbeit des „Instituto Linguistico de Verano" (Sommerinstitut fur Linguistik), das in verschiedenen Landern Lateinamerikas unter dem Deckmantel der Entwicklung der Landbevolkerung die amerikanische Herrschaft festigt und die Sozialstruktur der autochthonen Landbevolkerung zerstort. Auch in Kolumbien, wo seit Monaten der Ausnahmezustand besteht, regt sich Kritik an diesem Institut. An der „Alternativa" vom 3.November heißt es unter anderem:

„Vorletzte Woche gab es im Parlament eine Debatte über dieses Sommerinstitut. Der Abgeordnete Napoleon Peralta hatte sie einberufen. In ihrem Verlauf nannte General Abraham Varón Valencia, kolumbianischer Verteidigungsminister, die Vorwürfe des Abgeordneten „absurd, infantil und aus der Welt der Zauberei".

Vor zwei Jahren, als Varón noch Generalstabschef der Streitkräfte war, verhielt er sich anders. In einer geheimen Verschlußsache (Nr. 4334-CGSM-252.Sept. 13/73), die er dem damaligen Generalstabschef Currea Cubides, schickte, sagte er über das Institut:

„Es gibt Anzeichen, die Arbeit dieser Organisation mit Mißtrauen zu betrachten. Daher empfehle er für diese Angelegenheit die Einsetzung einer geeigneten Spezialgruppe, die die eigentlichen Bemühungen dieses Institutes und deren Bedeutung für Kolumbien untersuchen solle."

Von dieser Gruppe stammt sicherlich die berühmte Stellungnahme von General Matallana, der im Unterschied zu Varón Valencia diese nordamerikanische Einrichtung als Bedrohung für die nationale Souveränität Kolumbiens ansieht.

In dieser geheimen Verschlußsache (die in der Zeitung „El Pueblo" am 24.Oktober veröffentlich worden war), hatte der Verteidigungsminister zu lesen bekommen, daß die Mitglieder dieses Instituts die Zonen der größten Mineralvorkommen untersuchten und ausbeuteten, indem sie die Eingeborenen dazu benutzten. Angeprangert waren darin auch die geheimen Flüge der Luftflotte des Instituts, die Existenz einer Radio-Zentrale und von Sondereinheiten für die Ausbeutung von Mineralvorkommen etc..."

NEUE VERHAFTUNGEN IN PERSIEN

FRANKFURT (ID)
10. November

Nach den neuesten Nachrichten aus dem Iran wurden vier oppositionelle Intelektuelle verhaftet. Ihre Verhandlung fand vor einem geheimen Militärtribunal statt. Sie wurden angeklagt, oppositionelle Schriften herausgegeben zu haben, in denen sie die wahren Verhältnisse im Iran, Armut und Unterdrückung, darstellten und wobei sie für die Freiheit und gegen sie Diktatur appellierten.

Zu längerer Haft wurden verurteilt:

- Dolatabadi (Schriftsteller) 3 Jahre Gefängnis
- Jalfani (Theaterautor) 5 Jahre Gefängnis
- Soltanpur (Theaterreg., Dichter) 5 Jahre Gefängnis
- Rahmaninedjad (Schriftsteller) 11 Jahre Gefängnis

Rahmaninedjad wird zur Zeit den härtesten Folterungen unterzogen. Schon seit mehreren Jahren sind diese fortschrittlichen Künstler verfolgt, verhaftet, gefoltert und wieder freigelassen worden, genauso wie andere fortschrittliche Künstler auch z.B. Fereidoun, Tounkabuni und Neumat Mirzadeh, die noch in Haft sich befinden. Mit ihren Gedichten, Geschichten und Theaterstucken versuchten diese vier Kunstler das Volk uber die wahren Absichten des Schah-Regimes aufzuklaren.

Seit der Gründung der Einheitspartei (Partei der nationalen Auferstehung), versucht das faschistische Schah-Regime insbesondere die fortschrittlichen Künstler zu einer offentlichen Loyalitatserklarung zu Gunsten des Regimes zu zwingen. Jedoch konnte das Regime in diesem Bereich sehr wenig Erfolg erzielen.

Nach dem neuesten Gesetz (13.8.75) werden alle Oppositionelle, die im In-Ausland eine „kollektivistisch" orientierte Bewegung in Opposition zum verfassungsmäßigen monarchistischen Regime grunden oder ihr angehören, zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Informationen über die Verbrechen des Schah Regimes an unserem Volk, über die schon zur Gewohnheit gewordene Praxis permanenter Hinrichtungen, von Militärtribunalen, Erschießungen

auf offener Straße, von Folter mit häufiger Todesfolge wurden der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit – angesichts des enormen Engagements deutscher Industrieunternehmen im Iran, der Ölverträge und neuerdings auch persischer Beteiligung an Großunternehmen in der BRD (Krupp) – weitgehend vorenthalten.
(aus einem Pressekommunique der Conföderation der Iranischen Studenten, CISNU.)

SHELL VERKAUFT NORDSEEÖL ALS WÜRFELSPIEL

ABERDEEN (ID/PNS)
5. November

Durch militante Sabotageakte verängstigt und durch die Kritik schottischer Nationalisten und Umweltschützer bedrängt, sinnen die Ölkonzerne auf neue Formen der PR-Arbeit, um die Ausbeutung des schottischen Nordseeöls zu sichern. In Aberdeen ist jetzt ein monopoliartiges Spiel mit dem Namen „Nordsee" aufgetaucht, in dem man in rührender Weise die ehrlichen Praktiken der Ölgesellschaften gerade dieser Region nachvollziehen kann und das auch noch den ärmsten Würfler in den Ölrausch versetzen soll. Das von Shell vertriebene und unter Preis verkaufte B...spiel läßt natürlich alle unliebsamen Nebenwirkungen aus der Pl...ung heraus. Meilenlange Pipelines, stinkende Bohrtürme und Raffinierien hingegen stellen den Höhepunkt der Spielerkarriere dar.

ZEITSCHRIFT ZUM DROGENKONSUM

ZÜRICH (ID/FOCUS)
12. November

In Nr. 18 vom 15. September veröffentlichte die exclusive Schweizer Frauenzeitschrift „Elle" – Auflage ca. 150 000 – Auszüge aus dem Buch „The Anarchist Cookbook" mit Kochrezepten, in denen Marihuana als Gewürzbeilage empfohlen wird. Im weiteren wurden auch Empfehlungen für Drogeneinkauf, Ladendiebstahl und Tips für legale Trips (z.B. Hustensirup) gegeben.

Obwohl die Propaganda für Drogenkonsum ein sogenanntes Offizialdelikt ist, bei dem die Justiz von sich aus tätig werden müßte, wollte die Bezirksanwaltschaft Zürich nicht gegen „...le" vorgehen. Erst als ein Rechtsanwalt sich in einem Brief a... den Geschäftsleiter der Bezirksanwaltschaft darüber beschwerte, wurde eine Untersuchung eingeleitet. Der Anwalt in seinem Brief:

„Es ist wohl nicht übertrieben, wenn festgehalten werden darf, daß eine gesellschaftskritische Zeitschrift wie z.B. der „focus" längst beschlagnahmt und die Redaktion verhaftet wäre, wenn sie nur andeutungsweise auf das anarchistische Kochbuch verwiesen hätte. Ich erinnere mich im übrigen, daß in einem Falle, wo ich als Pflichtverteidiger walten mußte, allein die Übersetzung des anarchistischen Kochbuches als Tatbestandselement von Art. 275 StGB (Angriff auf die verfassungsmässige Ordnung) angesehen wurde. Daß das gleiche anarchistische Kochbuch kommentarlos abgedruckt werden kann, ist wohl deswegen etwas anders, weil es sich um einen großen Konzern handelt."



MISST DIE JUSTIZ DIE "Elle" MIT ANDRER ELLE?

Wahrscheinlich passte der „Elle"-Artikel den Bezirksanwälten deshalb ins Konzept, weil er durch seine krude Mischung von angeblich linker Politik und Rauschgiftsucht (Rauschgift = Waffe der Revolution) eine Diffamierung der Linken bedeutet.

Aus: „focus" Nr. 68

ZWEIMAL MILITÄRGERICHTE – ZWEIERLEI MAßSTÄBE

ZÜRICH (ID)
4. November

In einem Pressecommuniqué nimmt in der ersten Novemberwoche die nationale Koordinationsstelle des Soldatenkomitees in Zürich Stellung zu den Urteilen des Divisionsgerichtes 12 in Sachen Pontonierunfall auf dem Rhein vom Herbst 1973.

Im Vergleich zu den Urteilen gegen zwei Offiziere, die zu 2 Monaten Gefängnis mit zweijähriger Bewährung wegen Verletzung militärischer Dienstvorschriften, fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung und Verschleuderung von Armeematerial, verurteilt wurden, nimmt es sich wie ein Hohn aus, daß

– im Sommer Mitglieder und Sympathisanten des Soldatenkomitees Lausanne zu Gefängnisstrafen zwischen 2 und 4 Monaten verurteilt wurden, mit 2 bis 5 Jahren Bewährungsfrist, weil sie Flugblätter verteilt hatten, in denen sie unter anderm die Häufung der Unfälle im Militär kritisiert hatten,

– Rekruten der Rekrutenschule Savatan 1974 zu Gefängnisstrafen bis zu 6 Monaten auf 5 Jahre Bewährung verurteilt wurden, weil sie in einer Petition die Bedingungen in der RS angegriffen hatten.

7 TODESOPFER IM MILITÄR

Seit anfang Oktober sind im Militärdienst bei Unfällen 7 Menschen gestorben. Im Zusammenhang mit dem Tod eines Rekruten im Tessin verlangt das Tessiner Soldatenkomitee mit einer 844 Unterschriften tragenden Petition Aufklärung über den Unfall durch das eidgenössische Militär. Die Nationale Koordinationsstelle der Soldatenkomitees verlangt nun

– daß es nicht nur bei der Ankündigung von Untersuchungen bleibt, sondern die breite Öffentlichkeit auch über deren Resultate informiert wird
– daß die Ausübung der elementarsten demokratischen Rechte in der Armee, einschließlich des Rechts, Befehle, die Leib und Leben der Soldaten gefährden, zu verweigern, allen Soldaten zugestanden wird.

E R K L Ä R U N G

HESSISCHE ASTEN ZUM POLITISCHEN MANDAT

FRANKFURT (ID)
12. November

Die folgende Erklärung der Allgemeinen Studentenausschüsse (Asten) der Studentenschaft der Universitäten in Frankfurt und Gießen, der Gesamthochschule in Kassel, der Technischen Hochschule in Darmstadt und der Fachhochschulen in Gießen, Darmstadt und Dieburg ist an die „Frankfurter Rundschau" und die DPA gegeben worden. Die „Rundschau"

hat den Abdruck mit der Begründung abgelehnt, die finanzielle Situation der Zeitung sei sehr schlecht und es könne halt nicht jede linke Erklärung abgedruckt werden.

„Die Vertreter dieser Studentenschaften erklären, daß sie in Zukunft wie bisher das wissenschaftlich-politische Mandat in Anspruch nehmen. Sie fühlen sich verantwortlich für die gesamte wissenschaftliche Arbeit an den Hochschulen. Wir sehen die politische Verantwortung der Information und Aufklärung über wissenschaftlich-politische Konsequenzen der Arbeit an den Hochschulen als Folge der uns als Studenten gestellten Aufgabe: das ist die wissenschaftliche Erkenntnis der gesellschaftlichen Realität und ihre Nutzung für den geschichtlichen Fortschritt der gesamten Gesellschaft.

Beispielhaft für eine solche Politik ist die Mitarbeit von Mathematikern, Physikern, Chemikern, Biologen, Atomwissenschaftlern und Juristen in Wyhl bei der Aufklärung über die verheerenden Folgen der Errichtung eines Kernkraftwerkes. Die gleiche Verantwortung tragen z.B. Naturwissenschaftler (Hochschullehrer und Studenten), die über die krebserzeugende Wirkung von PVC Erkenntnisse sammeln. Sie erkennen dabei notwendig, daß die Unterdrückung ihrer Erkenntnisse in vielen Fällen eine direkte Folge der Gewinnsucht vieler Politiker und Unternehmer und damit des wirtschaftlichen Systems in der Bundesrepublik Deutschland, des Kapitalismus, ist. Herausragendes Beispiel dafür ist die Tatsache, daß der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger im Vorstand der Gesellschaft sitzt, die den Kaiserstuhl und seine Umgebung durch den Bau von Kernkraftwerken für die menschliche Bewohnung zerstört. Wie jüngst eine Veröffentlichung der Forscher des Kernforschungszentrums Jülich zeigt, bahnt sich in Hessen eine ähnliche Entwicklung an.

In gleicher Weise trifft die Studenten von Hochschulen, an denen Sozialwissenschaften gelehrt werden – sie sich also mit den Lebensbedingungen der Bevölkerung auseinanderzusetzen haben –, die Verantwortung, ihre Erkenntnisse z.B. über Mietwucher, Bodenspekulation und andere ähnliche Probleme in die Öffentlichkeit zu tragen und dort auch zu vertreten. Dies ist aber nicht nur die Aufgabe der Sozialwissenschaften, sondern auch der Naturwissenschaften und damit zugleich eine Aufgabe aller Studenten. Wissenschaft und Politik lassen sich nicht voneinander trennen.

Dies ist in Deutschland schon einmal geschehen: der Nationalsozialismus und seine Unterstützung durch die deutschen Universitäten zeigt, wohin die Theorie der „Wertneutralität der Wissenschaft" führen muß.

Da bestimmte Arbeitsbedingungen in den Fabriken und die Form, in der Produktion organisiert wird, das Thema wissenschaftlicher Arbeit sind, haben alle Studenten und damit auch ihre politischen Vertretungen – die Allgemeinen Studentenausschüsse – die Pflicht, mit den Betroffenen sich gegen bestimmte gesellschaftliche Bedingungen einzusetzen – wenn sie nämlich erkennen, daß diese den Arbeitern schaden. (Beispiele dafür sind unmenschliche Arbeits-Takt-Zeiten, krebsfördernde oder sonst gesundheitsschädliche Produktionsbedingungen, Fragen der Unfallverhütung usw.) Wer dagegen die Verantwortung der Studenten, gemäß ihren Erkenntnissen zu diesen und anderen Fragen Stellung zu nehmen, bestreitet, fordert damit eine Wissenschaft, die sich in keiner Weise für die gesellschaftlichen Folgen ihrer Arbeit verantwortlich fühlt.

Uns ist dagegen die Aufgabe gestellt, die politischen und gesellschaftlichen Folgen der heutigen Wissenschaft innerhalb und außerhalb der Hochschulen darzustellen und die daraus entstehenden Konsequenzen in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen politisch zu verdeutlichen und praktisch mit durchzusetzen.

Deshalb erklären wir uns solidarisch mit dem erst begonnenen Kampf der Marburger Studenten um den Erhalt der Verfaßten Studentenschaft. Ihr Kampf ist in allen seinen Formen entscheidend für die Lage aller von uns vertretenen hessischen Studenten, da die Amtsenthebung des Marburger AStA der Anfang der politischen Entmündigung aller hessischen Studentenschaften werden soll. In Gießen gibt es Anzeichen für eine ähnliche Entwicklung wie in Marburg: RCDS (CDU/CSU-nahe Studenten) und Universitätspräsident treffen gemeinsam Vorbereitungen zur Amtsenthebung des von den Studenten gewählten AStA.

Wenn sich in Marburg oder in Gießen die Situation in einer Weise verändert, daß eine qualitative und quantitative Zuspitzung der Konfrontation zwischen dem Kultusminister, seiner Verwaltung, der Universitätsspitze und den Studenten stattfindet, empfehlen die Allgemeinen Studentenausschüsse einen zeitlich und politisch koordinierten Solidaritätsstreik, soweit es an ihren Hochschulen möglich ist."

DOKUMENTE

GEFÄNGNISÄRZTE INTERNATIONAL

MÜNCHEN (ID) Am 20. und 21. Juni dieses Jahres fand im Ärztehaus Bayern in München ein „Fortbildungskongreß für Ärzte im Strafvollzugsdienst" statt, den die Bundesärztekammer in Verbindung mit der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Ärzte und Psychologen in der Straffälligenhilfe e.V." veranstaltete. Neben Vorträgen der Gefängnisärzte Schildmayer von Straubing („Haftreaktionen, ihre Ursachen und ihre Behandlung"), Goette von Köln („Behandlung erregter und schwieriger Anstaltsinsassen"), Meitzner aus Berlin („Erfahrungen bei der Versorgung von Nahrungsverweigerern in der Bundesrepublik Deutschland") unter anderen sprach auch im Auftrag des britischen Ärztebundes Dr. John S. Happel über die Erfahrungen „in der Behandlung von Strafgefangenen in Großbritannien", woraus wir im folgenden die wesentlichen Auszüge veröffentlichen (von allen gehaltenen Vorträgen liegen dem ID Thesenpapiere oder Zusammenfassungen vor.)

„MEDIZINISCHE GESICHTSPUNKTE BEI VERHÖREN

Man hat mich gebeten, zu Ihnen über unsere Erfahrungen mit der künstlichen Ernährung von Strafgefangenen in Großbritannien zu sprechen, aber trotz der knappen Zeit, die zur Verfügung steht, möchte ich eingangs doch einige Worte zu dem Vorwurf der angeblichen „Folterung" von Strafgefangenen und medizinischen Gesichtspunkten bei Verhören sagen. Man könnte wohl meinen, daß dieses Thema überhaupt nicht akut zu werden brauche, aber angesichts der Gewaltakte und der vielen unschuldigen Opfer der neuzeitlichen Großstadtguerillas, die sogar geschult werden, um den üblichen Verhormethoden zu widerstehen, könnten sehr fortschrittliche Regierungen sich in Zukunft gezwungen sehen, Intensivverhöre durchzuführen, und wir sollten daher über die Situation des Arztes in solchen Fällen sprechen.

Eine derartige Situation ergab sich für uns in Aden, im Protektorat von Südarabien, in den sechziger Jahren, als es zu einem echten Notstand gekommen war. Bis zum Oktober 1966 forderten Terroristenanschläge in Aden 266 Todesopfer und 1.348 Verletzte. Aus Angst vor Vergeltung erhielten die Behörden aus den Kreisen der Bevölkerung so gut wie keine Hinweise. Dennoch kam es in Großbritannien auf Veranlassung von Mr. Roderic Bowen, einem angesehenen Anwalt und früheren Vizepräsidenten des Unterhauses, zu einer Untersuchung einiger Methoden, die in Aden bei Verhören mit Verdächtigen angewendet worden sein sollten und über die es in der englischen Öffentlichkeit zu Kontroversen gekommen war.

Als im Jahr 1969 die Gewaltaktionen in Städten Nordirlands, für die man die Irisch Republikanische Armee (IRA) verantwortlich macht, begannen und im Sommer 1971 wieder aufflackerten, rief man die Armee zu Hilfe. Am 9. August 1971 kam es zu Massenverhaftungen, bei denen man die Intensivverhöre einführte. Hierbei griff man zu folgenden Mitteln:

Stundenlanges Stehen an Wänden mit aufgestützten Armen, das Bedecken des Kopfes mit Kapuzen, das Einwirken von Dauergeräuschen, Entzug von Schlaf, Ernährung durch Brot und Wasser. Damals hatten für die britischen Armeeärzte (British Royal Army Medical Corps, RAMC) die Richtlinien Gültigkeit, die auch in Aden zur Anwendung kamen, jedoch ergaben sich zu Beginn (vielleicht unvermeidlicherweise) Schwierigkeiten bei der Koordination, die auf die Schnelligkeit des Eingreifens zurückzuführen waren.

Man sollte außerdem nicht vergessen, daß es zu diesen harten Methoden des Verhörs unter dem Eindruck einer empörten Öffentlichkeit sowie einer langen Reihe von Bombenanschlägen und Schiessereien bei Unruhen vor allem in den Stadtzentren von Belfast und Londonderry kam. Seit 1969 wurden mehr als 1.200 Menschen getötet, viele Tausende verletzt und ein erheblicher Sachschaden in Nordirland angerichtet.

Es gab Berichte über den guten Erfolg mit Tiefenverhören, bei denen die Behörden wertvolle Informationen erhielten, die es ihnen ermöglichten, zahlreiche Verdächtige festzunehmen und damit die Anzahl der Zwischenfälle zu verringern.

Trotzdem war man in der Öffentlichkeit beunruhigt, und es kam zu einer ersten Anfrage im Parlament durch das Compton Komitee, zu dessen drei Mitgliedern mein Kollege, Sir Ronald Gibson, ehemaliger Vorsitzender des Vorstandes des britischen Ärztebundes, gehörte. Das Compton Komitee erhielt den Auftrag, Ermittlungen wegen der gegen die Sicherheitsbehörden erhobenen Vorwürfe wegen Anwendung burtaler Methoden bei Verhören anzustellen. Obwohl das Compton Komitee keinen eindeutigen Beweis systematischer Grausamkeit erbringen konnte, kam es doch zu dem Ergebnis, daß einige der angewendeten Verfahren als körperliche Mißhandlungen gedeutet werden könnten. Darüber hinaus wiesen sie unzulängliche ärztliche Betreuung nach.

KÜNSTLICHE ERNÄHRUNG

Ich komme jetzt zu dem Thema der künstlichen Ernährung von Strafgefangenen und den Erfahrungen, die wir damit gemacht haben. Wie Ihnen ja bekannt ist, gibt es zwei Arten der künstlichen Ernährung, die davon abhängt, ob der Gefangene während des Einführens der Sonde kooperativ ist, ob er dabei und während der anschließenden Nahrungsgabe aktiven Widerstand leistet, wobei er durch Würgen und Erbrechen seine Speiseröhre verletzen, Flüssigkeit einatmen oder andere Komplikationen erleiden kann.

Im Hinblick auf nicht erzwungene künstliche Ernährung meine ich, daß Ihre und unserer Erfahrungen ähnlich verlaufen sind. Es kam nicht oft vor, und nach einer gewissen Zeit der Nahrungsverweigerung sah der Gefangene die Gefahren des Widerstands ein und ließ sich durch die Sonde ernähren. Sie werden festgestellt haben, daß in unserem Papier (vom Britischen Ärztebund genehmigte Stellungnahme von 1974, d. Red.) ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß viele dieser Gefangenen psychiatrisch gestört waren und schnell hinfällig geworden wären, wenn man sie nicht künstlich ernährt hätte. In allen Fällen wurde es allgemein als ärztliche Pflicht angesehen, so zu verfahren, ganz gleich, welcher Widerstand entgegengesetzt wurde und, nachdem sie einmal begonnen war, wurde die künstliche Ernährung so lange fortgesetzt, wie sie sich als notwendig erwies.

Unsere erste Erfahrung mit der Zwangsernährung von Gefangenen in Verbindung mit einem „politischen" Fall ergab sich kurz vor dem ersten Weltkrieg. Ein Bericht, der im British Medical Journal vom 31. August 1912 erschienen ist, schildert die verschiedenen Verletzungen, die bei der Zwangsernährung von 90 Suffragetten aufgetreten sind, die das Wahlrecht für Frauen forderten, wobei einige von ihnen militante Propagandamethoden angewendet hatten, inhaftiert wurden und in den Hungerstreik traten. Im Jahr 1920 verstarb nach einem 72 Tage dauernden Hungerstreik Terence McSwiney, der Bürgermeister von Cork, im Londoner Brixton Gefängnis. Seine Verhaftung stand in Zusammenhang mit den Unabhängigkeitskämpfen, die der Bildung der Republik Südirland vorausgegangen waren. Es wurde kein Versuch der Zwangsernährung unternommen, und man warf Lloyd George und seiner Regierung vor, ihm das Sterben „erlaubt" zu haben.

Ich glaube, daß die Teilnehmer der Konferenz besonders an unserem jüngsten Erfahrungen mit Hungerstreikenden „aus politischer Überzeugung" interessiert sind, die nach zwei Bombenexplosionen in der (fast unvorbereiteten) Londoner Innenstadt am 8. März 1973 mit den Inhaftierten gemacht wurden. Es waren 238 Opfer zu beklagen, von denen 160 in das nahegelegene Bartholomew-Krankenhaus eingeliefert wurden.

Diejenigen, die an den Einzelheiten der Abwicklung von Einweisung und Behandlung einer so großen Zahl von Notfällen interessiert sind, können einen Bericht in „The Lancet" vom 23. Juni 1973 nachlesen. Unter den acht Verurteilten, die für schuldig befunden worden waren, die Bomben gelegt zu haben, waren auch die beiden Price Schwestern, Marion und Dolours, sowie zwei Männer – Hugh Feeney und Gerald Kelly. Alle vier begannen kurz nach ihrem Prozeß im November 1973 einen Hungerstreik. Etwa nach einer Woche wurde die künstliche Ernährung eingeleitet (siehe ID 56, 61, 65, 68, 84).

Bis etwa Mitte Mai 1974, d.h. sechs Monate später, setzten die Price-Schwestern der regelmäßigen täglichen Sondenernährung wenig Widerstand entgegen, aber dann begannen sie, sich sehr heftig dagegen zu wehren.

In Anbetracht ihres geschwächten Zustandes und dem dadurch erhöhten Risiko von Komplikationen stellten die Ärzte im Brixton-Gefängnis die Sondenernährung ein und verabreichten nur noch Wasser. Als Folge gewisser politischer Manipulationen, die hier ohne Belang sind, wurde der Hungerstreik nach 205 Tagen am 7. Juni 1974 beendet. Das Körpergewicht hatte ursprünglich etwa 63 kg betragen und der Gewichtsverlust betrug bei beiden etwa je 19 kg. Die beiden Männer hatten sich in einem anderen Gefängnis ähnlich verhalten.

Am 30. März 1974 schlossen sich im Parkhurst-Gefängnis auf der Insel Wight die IRA-Mitglieder Frank Stagg und Michael Gaughan die wegen anderer Verbrechen zu langen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, dem Hungerstreik an. Sie wurden in Abständen zwangsweise ernährt, obwohl sie heftigen Widerstand leisteten.

Frank Stagg verlor erheblich an Gewicht, jedoch überlebte er, nachdem seine Nahrungsverweigerung 70 Tage gedauert hatte. Am 28. Mai gab ein Verwandter sein Gewicht mit etwa 38 kg an. Miachael Gaughan starb nach 65 Tagen an Lungenentzündung. Den Brichten zufolge wurde Gaughan 17 mal zwangsweise ernährt, zum ersten Mal am 21. April 1974 und dann in Abständen. Zu Beginn wog er 69 kg und kurz vor seinem Tod am 3. Juni soll sein Gewicht immer noch 59 kg betragen haben. Bei der gerichtlichen Untersuchung des Leichnams wurde festgestellt, daß der Entschluß zu Zwangsernährung ein insgesamt klinischer war, und sein Gefängnisarzt schloß dem Bericht zufolge nicht aus, daß die Zwangsernährung „als ein verursachender Faktor" der Lungenentzündung nicht auszuschließen sei. Der Arzt berichtete ferner, das Gaughans politische Handlungsmotivation stärker war als seine natürliche Angst vor dem Tod und darin läge auch der grundlegende Unterschied zwischen Menschen wie ihm und den gewöhnlichen protestierenden Gefangenen, die in den Hungerstreik treten.

Aus unserem Papier ersehen Sie die Schritte, die wir und der Innenminister unternommen haben, um die Lage des Arztes in diesen Fällen und für alle Zukunft klarzustellen. Die Stellungnahme der britischen Ärzteorganisation ist dem Weltärztebund zugeleitet worden.

Die allgemeine Situation in Großbritannien ist demgemäß dem langjährigen Stand der Dinge in Nordirland und der Republik Irland angepaßt worden, d.h., daß Zwangsernährung im Rahmen der allgemeinen Richtlinien nicht zur Anwendung kommt, daß es aber dem Arzt überlassen bleibt, von Fall zu Fall darüber zu entscheiden, ob und wann sie doch durchgeführt werden soll. Ich muß betonen, daß wir immer darauf bestanden haben, daß die klinische Unabhängigkeit des Arztes in dieser Situation gewahrt bleiben muß.

In der Praxis haben die neuen Verordnungen den Umgang mit dem „psychopathischen" Gefangenen im Hungerstreik im vergangenen Jahr sehr erleichtert, von denen die meisten nach voller Erkenntnis der Auswirkungen dieser neuen Ausrichtung die Nahrungsverweigerung nach einwöchiger Dauer aufgaben. Früher mußten die Ärzte fürchten, wegen Totschlags unter Anklage gestellt zu werden, wenn sie die Sondenernährung zu lange hinauszögerten."

VERORDNUNG DES BRITISCHEN INNENMINISTERIUMS

104. Strafgefangene, die die Nahrungsaufnahme verweigern.

(1) Wenn ein Strafgefangener nachdrücklich die Aufnahme jeglicher Nahrung verweigert (d.h. die Ernährung), so muß der Arzt ihn rechtzeitig untersuchen, ihm die Folgen des Hungerns auf seinen Gesundheitszustand klarmachen und gegebenenfalls anraten, ihn zur Beobachtung ins Gefängnislazarett einzuweisen. Wenn sich herausstellt, daß die Fähigkeit des Gefangenen zum rationalen Denken und Folgern durch eine physische oder psychische Krankheit beeinträchtigt ist, wird der Arzt das veranlassen, was er für notwendig erachtet. Wenn er der Meinung ist, daß der Gefangene unbeeinträchtigt von geistiger oder körperlicher Krankheit im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte ist, soll ein außenstehender ärztlicher Berater zur Bestätigung hinzugezogen werden. Bestätigt dieser die Diagnose, so ist der Gefängnisarzt gehalten, den Gefangenen darüber zu belehren, daß er weiterhin unter ärztlicher Aufsicht und Fürsorge steht und daß er Verpflegung erhält, daß es jedoch keine Durchführungsverordnung gibt, nach welcher der Arzt das Mittel der künstlichen Ernährung anzuwenden hat und daß die nachfolgende und unvermeidliche Verschlechterung seines Gesundheitszustandes ohne ärztlichen Eingriff verlaufen wird, wenn er nicht ausdrücklich darum nachsucht. Diese Belehrung des Gefangenen soll in Gegenwart eines Gefängnisbeamten erfolgen und ein Protokoll darüber auf Formblatt 101GB erstellt werden. Es ist unerläßlich, daß der Gefangene die Belehrung voll verstanden hat. Bestehen bei dem Arzt Zweifel hierüber und hält er eine weitere Belehrung für erforderlich, so sollte er diese umgehend vornehmen und und eine entsprechende Eintragung in einem weiteren Formblatt 101GB vornehmen.

(2) Bei der Entscheidung darüber, ob ein Hungerstreik durch Anwendung der künstlichen Ernährung zu unterbrechen ist, soll der Arzt alle Wünsche des Gefangenen sowie seinen körperlichen und geistigen Zustand berücksichtigen.

(3) Im Gefängnis ist ein entsprechender Nachweis zu führen und Berichte an das Bezirksbüro oder die vorgesetzte Dienststelle zu geben: a) wenn der Gefangene in das Gefängnislazarett eingeliefert wird, b) sobald eine klinische Entscheidung darüber gefallen ist, ob zur ärztlichen Betreuung des Gefangenen auch die künstliche Ernährung gehört, und c) wöchentlich oder falls die Umstände es erfordern auch öfter, bis der Gesundheitszustand des Gefangenen, soweit er durch Nahrungsverweigerung verursacht wurde, keinen Anlaß zur Besorgnis mehr gibt. Dann ist ein Abschlußbericht zu erstellen.

„PONTXO"– EINE GESCHEITERTE AKTION DER ETA

EUSKADI (ID) 21. August

Das Folgende ist das vertrauliche Dokument, das 24 Militante der ETA Zelle im Gefängnis von Segovia nach dem gescheiterten Fluchtversuch an das Exekutiv Kommitee von ETA gerichtet haben. Wir veröffentlichen es seines hohen politischen und revolutionären Wertes wegen. Es wurden einige die Weiterarbeit gefährdende Details weggelassen. Wir haben das durch Punkte in Klammern gekennzeichnet.

„Hier und wie wir glauben auch außerhalb, war alles fertig und gut vorbereitet für einen massiven Ausbruch (50 oder 52) am 5. August. Am 26.7. hatten wir (...) unten einen Kontakt. Wir haben die letzten Details vorbereitet und den Fotoapparat, ein Walkie, zwei Pistolen, einige Laternen und 40.000 Peseten eingeschmuggelt.

Im Gefängnis liefen die Dinge perfekt. Der Ausbruch von 52 innerhalb von drei Stunden war bestens gesichert. Das Gefängnisleben verlief absolut normal, und es war sogar eine gewisse Unachtsamkeit der Gefängniswärter festzustellen.

Den ersten Schrecken versetzten uns die Fernsehnachrichten am Abend des 30.Juli. Alles war verworren. Wir dachten daran, einen Verzweiflungsausbruch für den 31. vorzubereiten, aber einerseits hatten wir außerhalb nichts vorbereitet und andererseits vertrauten wir darauf, daß die Festgenommenen nicht (...) Leute des Kommandos wären (...). Wir entschieden, die Nachrichten der Besucher des 31. abzuwarten und danach einen Beschluß zu fassen. An diesem Tag, vormittags, konnten wir nichts klären, aber unsere Verdachtsmomente wurden erhöht. Wir begannen (...) den Außen-Rückzug (...) eines Selbstmörder-Ausbruchs. Wir überlegten den Fluchtversuch für denselben Tag nachmittags, aber (...) es war uns nicht gelungen, auf der Straße etwas angemessenes vorzubereiten (...). Es wurde entschieden, noch einen Tag zu warten. Am 1. August, vormittags, waren wir schon sicher, daß die Festgenommenen von Madrid zum Kommando gehört hatten. Das Gefängnis war von Polizei umstellt. Die Feuerwehr und Spezialisten des Heeres überprüften die Kanalisation, usw. Dessen ungeachtet entschieden wir, daß 8 Leute (die ersten 8 auf der Liste) an diesem Nachmittag einen Ausbruch versuchen sollten. Aber nach dem Mittagessen wurden wir alle in einen Seitentrakt des Gefängnisses eingeschlossen, und dadurch war uns der Zutritt zu den Duschräumen unmöglich geworden. Tage danach haben wir erfahren, daß für diesen Nachmittag ein Selbstmörder-Ausbruch erwartet wurde. Das Polizeiaufgebot außerhalb muß beeindruckend gewesen sein. Es wurde uns auch gesagt, daß die Polizei die Absicht gehabt hatte, einige in ein anderes Gefängnis zu überführen, daß sie aber Abstand davon genommen hatten in der Gewißheit, daß das einen Aufstand im Gefängnis provoziert hätte.

In der Nacht vom 1. zum 2. August verpaßten sie dem ganzen Gefängnis eine ungeheure Durchsuchung, aber sie fanden unsere Öffnung nicht. Am folgenden Morgen normalisierte sich das Gefängnisleben und die Überwachung von außen ließ nach. Das ließ uns vertrauen daß alles vorbei und „pontxo" (Code für den Plan, d.Übers.) nicht gescheitert wäre, es war fast sicher, daß bei den Verhören nicht gesungen worden war und dass die Polizei den Eindruck hatte, zum Besten gehalten worden zu sein. Es wurde innen und außen alles untersucht, mit Feuerwehrleuten und Spezialisten des Heeres beschnüffelten die die Kanalisation, die Parks, die Häuser usw. in der Umgebung des Gefängnisses, aber sie fanden weder die Öffnung noch den Abwasserkanal. Aber diese Hoffnung war kurz, am Nachmittag desselben Tages, am 2. August, wurden die Untersuchungen im Gefängnis wiederaufgenommen und die Bewachung außerhalb wurde wieder verstärkt. Dieses Mal gelang es ihnen, den Eingang zum Kanal unterhalb des Gefängnishauses zu finden und dort lokalisierten sie aufgehäuften Lehmhügel und die Öffnung. Gegen 5 Uhr nachmittags rissen sie die Zwischenwand der Duschräume nieder und vernichteten endgültig den „pontxo". Die Aktion brach innerhalb von drei Tagen zusammen. Alles Material und das Geld aus diesem blinden Raum fiel der Polizei in die Hände.

Im Gefängnis und draußen wurde nach wie vor die Perfektion der Arbeit und die Großartigkeit des Plans bewundert, und immer wird dieselbe Frage gestellt, wie ist es möglich, daß sie nicht abgehauen sind, als sie schon mal auf der Straße waren und alles fertig hatten? Sicher kann das nur ein Revolutionär verstehen, kann nur derjenige verstehen, der die politische Tätigkeit über seine persönlichen, egoistischen Interessen stellt, der die revolutionäre Arbeit im Dienst der Organisation, der er angehört und des kämpfenden Volkes versteht.

Wir wissen nicht genau, wie die Polizei den Faden gefunden hat, der sie zum „pontxo" geführt hatte, es kann einfach gesungen worden sein, aber wir neigen mehr zu der Annahme, daß ihnen bei der Festnahme in Madrid Fotos in die Hände gefallen waren, die wir am 27.7. hier drinnen gemacht hatten. In der Mehrheit waren es Paßfotos, aber es gab auch einige von der Tunnelöffnung zu propagandistischen Zwecken.

Die ersten Tage fürchteten wir Überführung in Folterzentren oder andere Gefängnisse im Süden für einige Leute (...). Die Position fast der gesamten Gemeinschaft dieses Gefängnisses angesichts der

Verwirklichung dieser Befürchtungen war und ist erstaunlich. Mit Ausnahme der Kommunistischen Partei und einigen anderen war die Mehrheit bereit, jedwede dieser Maßnahmen physisch zu verhindern bis zum Aufstand. Deswegen waren nachts alle vorbereitet darauf, Türen einzutreten usw. Nachher haben wir erfahren von den Gefängniswärtern, daß die Gefängnisdirektion diese Maßnahme nicht ergriffen hatte, weil sie „echte Panik vor diesem Gefängnis hat". Hier gab es nicht nur Motive für die Gefängnisausweisungen, – Überführungen und Verhöre – sondern Stoff im Überfluß, um Prozesse zu eröffnen. Der Fall wurde als „äußerst schwerwiegend" qualifiziert, und gemäß dem Direktor wird die Entscheidung auf höherer Ebene als es die Generaldirektion der Gefängnisse ist, getroffen. Es ist nicht leicht, sofort Gefängnisüberführungen oder Verhöre stattfinden zu lassen (es ist klar, daß sie kein Interesse haben, viel Aufhebens davon zu machen, und als Beweis dafür kann man die Tatsache nehmen, daß die Nachrichtenmedien kaum darüber berichtet haben), aber Sanktionen und Gefängnisverlegungen könnten verhängt werden. Angesichts dieser Gefahren sind einige Organisationen zu Übereinkünften bezüglich Aktionseinheiten gekommen, (...)

Die Situation im Gefängnis hat sichnicht wesentlich verändert. Es wurden einige Maßnahmen getroffen, aber sie haben Angst, uns zu provozieren, sie möchten nicht, daß wir dazwischen fahren. Sie treffen bedeutende Sicherheitsvorkehrungen im Kanalsystem unterhalb des Haupteingangs des Gefängnisses. Anscheinend möchten sie einige Schacht- und Rohrsysteme wabenartig mit neuen Gittern versorgen usw. usw. Alle Kanäle beim Ein- und Ausgang des Gefängnisses wurden überprüft durch die Feuerwehr und anschliessend abgesichert. Auf daß sie ihre Maßnahmen ergreifen!

Es war für uns ein harter Schlag, aber glaubt nicht, daß sie uns zum Zusammenbruch gebracht haben, daß wir demoralisiert sind; jeder Schritt, jede revolutionäre Handlung – auch wenn es isoliert gesehen ein Scheitern bedeutet – in einen Sieg zu verwandeln, das ist es, was jeder Revolutionär wissen muß, das ist es, was eine politische Organisation dazu befähigt, revolutionäre Avantgarde zu sein, die den Kampf des Volkes lenkt bis zu seinem endgültigen Sieg. Wir sind darin konsequent und raufen uns deswegen nicht die Haare wie aufgescheuchte Nonnen; wir wollen mehr denn je in derselben Linie fortfahren und mehr denn je versichern wir Euch, daß wir auf allen Ebenen weiterarbeiten werden. Ihr werdet weiter unsere Nachrichten bekommen und wir werden Euch auch weiterhin alle Unterstützug zukommen lassen, die wir von hier aus oder wo immer es auch sei, geben können, damit ihr in dieser Linie fortfahrt. Wir werden Euch immer unterstützen. Wir sind mit Euch, wie vor zwei Monaten bereit zu allem. Hier gibt es nichts gegen keinen der Festgenommenen für sie, wie für alle, die Ihr seht mit „der Waffe voran", für diese korrekte Linie gibt es nur Bewunderung.
(...)
Gogor ETA Aurrera
Die 24 Militanten der Zelle von ETA aus Segovia."

Die Geschichte von der „zu hohen" Lohnquote – oder Der Großangriff auf die Reallöhne der Lohnabhängigen
(BEITRÄGE ZUR WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG)

„Die Völker der westeuropäischen Industriestaaten müssen eine Senkung ihres Lebensstandards hinnehmen."
Helmut Schmidt

„Heute muß es die Aufgabe der Wissenschaft sein, den Zusammenhang zwischen Gewinnen und Investitionen zu betonen und dafür einzutreten, daß im Verteilungskampf zwischen Gewinnen und Löhnen seitens der Arbeitnehmer Maß gehalten wird."

Carl-Christian von Weizsäcker, Professor der Ökonomie

Schon seit Monaten wird versucht, den Lohnabhängigen einzubleuen, daß sie sich in den letzten Jahren zu viel im Verteilungskampf ergattert haben, sie deshalb nun kürzer treten müssen, um den Aufschwung nicht zu gefährden. Wie schon 1966/67 – wo die Gewerkschaften eine „Lohnpause" einlegten – sollen auch nun die Arbeiten den ihren Lohnanspruch aufgeben, um – wie der Sachverständigenrat sagt – „zeitweise eine überproportionale Zunahme der Gewinn- und Kapitaleinkommen" (Jahresgutachten des Sachverständigenrates SVR,JG 1974, Ziff. 59) zu ermöglichen. Dies sei – so die „Weisen" weiter – auch für die Lohnabhängigen leicht zu ertragen, da die „Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen in dem Bewußtsein eines großen Umverteilungserfolges seit 1969 handeln können" (SVR, JG, Ziff. 338).

Was ist an diesen Argumenten dran? Sind die gestiegenen Löhne schuld an der jetzigen Krise und kann umgekehrt durch niedrigere Lohnabschlüsse die Krise bereinigt werden? Haben die Lohnabhängigen in den Jahren seit 1969 wirklich einen großen Umverteilungserfolg verzeichnen können? Auf diese Fragen soll im Nachfolgenden eingegangen werden.

FÜR DIE UNTERNEHMER IST KLAR, WER UND WAS URSACHE DER KRISE IST:

- die „massive Verteuerung von Löhnen", also die Steigerung der Lohnquote;
- die wachsenden Steuerbelastungen, die der Staat den Unternehmern aufbürdet sowie die staatliche Reformpolitik, die zur Einschränkung des Investitionsspielraums führte;
- der „Zusammenbruch von Inlands- und Auslandsnachfrage";
- die Verteuerung von Rohstoff und Energie.

vergl. Handelsblatt (HB) v. 29.9.75, Konjunkturbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI))

Vom Interessenstandpunkt der Unternehmer ist es selbstverständlich, eine solche Position einzunehmen: er muß sich gegen jede Kostenerhöhung wehren, da dies seine Profitspanne bedroht. Da wir in einer Unternehmerwirtschaft leben, ist es auch konsequent, daß die Regierung – will sie „die Wirtschaft" ankurbeln helfen – den Unternehmern helfen muß. So übernimmt sie auch die Argumente der Unternehmer, tarnt dies, indem sie Sprüche wie „gesamtwirtschaftlicheVernunft", „wir müssen eben alle etwas kürzer treten" etc loslässt.

Die Unternehmer und ihre Parteien legen das Hauptgewicht ihres Kampfes um höhere Profite auf die Senkung der Lohn- und auch der Staatquote. Dies ist verständlich: sind es doch vor allem die Lohnabhängigen, deren Gewerkschaften und der Staat, die man direkt angreifen und unmittelbar beeinflussen kann. Mit der Auslandsnachfrage und mit Rohstoffen tut man sich schwerer. Man kann diese Faktoren nicht so gut beeinflussen. (Auch bei den Rohstoffen ist bis zu einem gewissen Maß die Beeinflussung möglich: einmal haben viele multinationalen Konzerne ihre eigenen Rohstoffquellen und bestimmen damit auch weitgehend die Preise; zum anderen sind oftmals die Abnehmer von Rohstoffen in einer ökonomisch und politisch stärkeren Position als die Lieferanten und können deshalb die Bedingungen des Rohstoffkaufes wesentlich beeinflussen.)

VOM STANDPUNKT DER ARBEITER STELLT SICH DIES ANDERS DAR

Der Arbeiter hat seinen Lebensunterhalt aus dem Verkauf seiner Arbeitskraft zu bestreiten. Aus dieser Stellung des Arbeiters im Kapitalismus ergibt sich, daß der Arbeiter nur auf die Bestimmung der Höhe seines Lohnes Einfluß hat. Auch das nur dann, wenn er in solidarischer Aktion dafür eintritt. Der Lohn ist die einzige Größe des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses, die der Arbeiter direkt beeinflussen kann. Die wesentlich bedeutenderen Entscheidungen, die sich beziehen auf Art des Arbeitsplatzes, Arbeitsweise und vor allem auf die Preise und die Investitionen – all diese Entscheidungen liegen im Machtbereich der Unternehmer. Die Unternehmen haben also nach Lohnerhöhungen die Möglichkeiten

- über verstärkte Arbeitshetze (Intensivierung)
- über Rationalisierung (also Investitionen)
- über die Erhöhung der Preise

sich wieder ihre alte Profitspanne zu sichern, oder gar zu erhöhen. So zeigt sich, daß schon im normalen „Spiel der Kräfte" die Unter-

nehmer am längeren Hebel sitzen. Das zeigt auch, daß sich die Arbeiter bei ihren Lohnforderungen nicht von den angeblich ökonomisch vorgegebenen Daten (wie Produktivität, Preissteigerungen) leiten lassen sollten, sondern von dem, was sie zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse benötigen.

Würden die Arbeiter auf Lohnerhöhungen verzichten, dann käme dies einer Riesensubvention für die Unternehmer gleich. Doch was politisch noch schwerer wiegt: die Arbeiterklasse würde sich ihrer eigenen bedeutendsten Waffe: des Lohnkampfes berauben. Das käme einer politischen Kapitulation vor der organisierten Unternehmermacht gleich.

Nun genügt es nicht, sich einfach nur auf seinen Interessenstandpunkt zu berufen. Es ist gerade für die tagtägliche Diskussion dringend nötig, sich mit den angeblich „objektiven" Fakten, die von der Gegenseite herangezerrt werden, auseinanderzusetzen. Aus diesem Grunde gehen wir hier den von den Unternehmern und der Regierung gelieferten Argumenten nach.

I. SO ARGUMENTIEREN DIE UNTERNEHMER:

„Von dem insgesamt Produzierten (dem Sozialprodukt) kommt ein wachsender Teil den Lohnabhängigen zugute. Ferner steigt die Staatsquote, also der vom Staat in Beschlag genommene Teil des Produkts. Also bleibt nur ein ständig sinkender Rest für die Investitionen der Unternehmen. Da Investitionen der Unternehmer auch gleichzeitig Arbeitsplätze sind, wird also die Neuschaffung von Arbeitsplätzen stark gefährdet. Das ist nicht das Interesse der Arbeitnehmer und auch nicht unseres. Deshalb müssen wir alles tun, um die Investitionsquote zu steigern. Das bedeutet, daß die Lohnquote und auch die Staatsquote zurückgeschraubt werden müssen."

ZUR VERTEILUNG STEHT IMMER SCHON WENIGER ALS PRODUZIERT WURDE !

In dieser Unternehmerargumentation wird als erstes schon mal folgendes unterschlagen:

Das Gesamte Volkseinkommen ist selbst schon eine Restgrösse. Von dem insgesamt Produzierten ist nämlich schon der Teil abgezogen worden, der als Ersatz für verschlissene Anlagen/Maschinen etc. nötig ist. Dieser Teil ist als sogenannte „Abschreibung" vom gesamten Produkt (Bruttosozialprodukt) abgezogen worden. Der Rest ist das Volkseinkommen. Diese Vorgehensweise ist vom ökonomischen Standpunkt betrachtet berechtigt und unumgänglich. Jede Form der gesellschaftlichen Produktion wird sich daran halten und zumindest den in einer Periode zerschlissenen Teil des Produktionapparates ersetzen. Anderenfalls würde sie ihre eigene Produktionsgrundlage auffressen. – Dieser Tatbestand, daß dem Kapital die Ersatzinvestitionen auf alle Fälle garantiert ist, wird aber meist verschwiegen: häufig wird so getan, als müßten aus den Profiten sogar die bloßen Ersatzinvestitionen bestritten werden.

... DIE „ÜBLICHE" LOHNQUOTE

Wenn in der Öffentlichkeit von „Lohnquote" gesprochen wird, so meint man immer den Anteil aller Löhne und Gehälter am Volkseinkommen. Sehen wir uns die Entwicklung dieser Größe seit 1965 an:

Jahr	übliche Lohnquote
1965	64,7
1966	65,7
1967	65 9
1968	63,9
1969	65,2
1970	66,7
1971	68,7
1972	69 2
1973	69,5
1974	71,6

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte

Wir erkennen, daß die Behauptung von der gestiegenen „Lohnquote" zunächst stimmt: die übliche Lohnquote stieg seit 1965 um sieben Punkte. Allein von 1973 auf 1974 stieg sie um 1,9 Punkte. Nun muß dem – wie noch genauer gezeigt wird – oberflächlichen Argument von der gestiegenen „üblichen" Lohnquote folgendes entgegengehalten werden:

1. Die übliche Lohnquote drückt den Anteil des Bruttoeinkommens aller abhängig Beschäftigten am gesamten Volkseinkommen aus. Es gehen also die unterschiedlichsten Entgelte in diese Größe mit ein: so die Löhne und Gehälter für die Staatsbeamten und -arbeiter, für die Direktoren und Prokuristen etc. Diese Lohnquote sagt also zunächst nichts über die Lohnkostenbelastung der Unternehmer aus. Die Lohnquote kann allenfalls als Anzeichen für eine bestimmte Lohnkostenbelastung genommen werden. Um der These von den sinkenden Investitionen wegen steigender Lohnquote nachzugehen, müssen also „feinere" Maßgrößen genommen werden. Das werden wir im Laufe der Argumentation machen.

2. Man kann sich nicht damit begnügen, nur auf die kurzfristig gestiegene Lohnquote hinzuweisen. Die Erfahrung zeigt, daß sich die Lohnquote in einem Auf und Ab (zyklisch) bewegt: in Jahren der Flaute, wo das Volkseinkommen schon gesunken ist, halten sich die Löhne für eine gewisse Zeit auf dem alten Niveau. Dadurch steigt natürlich – was nur aus der Art der Berechnung folgt – die Lohnquote. In Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs bleiben die Löhne jedoch zunächst auf derselben Stufe stehen (die Tarifverträge sind längerfristig, die Unternehmer zögern, ehe sie zusätzliche Arbeiter einstellen und nützen die Rationalisierungsmaßnahmen während der Krise). Die Folge ist: die Lohnquote sinkt ab. Wir sehen dies am Aufschwungjahr 1969. Genauso wird es im nächsten Aufschwung gehen: die Unternehmer werden enorme Profite aufgrund gestiegener Produktivität einstreichen, die Löhne werden hinterher hinken. Damit wird sich die Lohnquote quasi „automatisch" senken. Fazit: In der Bewegung der Lohnquote zeigt sich mit Verzögerung die Bewegung der kapitalistischen Produktion. Würde in Krisenzeiten die Lohnquote durch freiwilligen Lohnverzicht gesenkt, dann fiele sie in Aufschwungphasen noch tiefer, als sie das ohnehin tut.

3. Gegen die Meinung, es gäbe nur eine Lohnquote, bei der es Vollveschäftigung gibt, muß eingewandt werden: wenn wir die historisch unterschiedlichen Lohnniveaus sehen und auch die gegenwärtig international gesehen sehr stark differierenden Lohnquoten betrachten, dann läßt sich sagen, daß es keine eindeutige Lohnquotengröße gibt, bei der allein Vollbeschäftigung möglich ist. Recht unterschiedliche Lohnquoten sind mit Vollbeschäftigung vereinbar. Eine gestiegene Lohnquote kann also nicht der hinreichende Grund für Arbeitslosigkeit sein, wie immer gesagt wird. Welche Lohnquoten sich in der historischen Situation herstellen, hängt in starkem Maße vom Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapital ab. Das ist nun aber wieder nicht so zu verstehen, als sei im Kapitalismus jede Lohnquote erreichbar: da die Profite treibendes Moment der kapitalistischen Produktion sind, gibt es systembedingte Grenzen für die Erhöhung der Löhne. Nur sind diese Grenzen nicht mathematisch genau zu bestimmen. Sie werden sich im Kampf der Arbeiterklasse und des Kapitals herauskristallisieren. Nähert sich die Arbeiterklasse diesen Grenzen, wird das Kapital mit der Verschärfung der ökonomischen Krise antworten (müssen). Diese schlägt entweder die Arbeiter wieder zurück, schafft wieder günstigere Profitmöglichkeiten, oder wird durch den aktiven Kampf der Arbeiter zur politischen Krise weiterentwickelt, die – je nach dem politischen Kräfteverhältnis – mit dem Sturz der bestehenden Produktionsweise gelöst wird.

Der Lohnkampf ist von seinem Charakter her nicht die Ursache der ökonomischen Krise, vermag diese jedoch zu verstärken und in die Krise des gesamten politischen Systems zu verwandeln.

DIE UM DEN STAATSANTEIL BEREINIGTE LOHNQUOTE

Die „übliche" Lohnquote hat sich als unbrauchbar für die Überprüfung der obigen Unternehmerargumentation herausgestellt. Wenn sie in der Öffentlichkeit benutzt wird, so erfolgt dies also aus rein demagogischen Gründen. Zunächst müssen aus der „üblichen"

Lohnquote die vom Staat bezahlten Löhne und Gehälter herausgerechnet werden. Denn wenn der Staat mehr an Löhnen und Gehältern bezahlt, dann erhöht dies zwar die Lohnquote, sagt aber noch gar nichts darüber aus, ob sich die Lohnkosten der Unternehmer verändern.

Jahr	Bruttogewinne (ohne Staat)	Bruttolöhne (ohne Staat)
1965	38,3	61,6
1966	37,5	62,4
1967	37,6	62,3
1968	40,0	60,0
1969	38,7	61,3
1970	37,0	63,0
1971	35,2	64,8
1972	35,9	64,1
1973	35,9	64,1

Quelle: Blechschmidt, A., Löhne, Preise und Gewinne (1957 - 1973), Tabelle 20, S. 172 und Tabelle 23, S. 181

Die Lohnquote ohne die staatlich gezahlten Löhne zeigt, daß von 1965 bis 1973 nur ein Anstieg um 2,5 Punkte erfolgte. Das ist schon ein ganz anderes Bild! So stark ist der Anstieg der Lohnquote also – leider!, muß man vom Standpunkt der Arbeiter sagen – doch nicht gewesen. Zu der um den Staatsanteil und die Lohnabzüge bereinigten Lohnquote kommt nun aber noch hinzu, daß diese ganzen Zahlen immer noch die Bruttolöhne beinhalten: nicht das, was der einzelne Arbeiter in seiner Lohntüte oder auf seinem Girokonto vorfindet, nämlich den Nettolohn, also der verbleibende Rest nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsleistungen, wird zugrundegelegt, sondern die Bruttolöhne. Dasselbe bei den Gewinnen: auch diese sind nur als Bruttogewinne ausgewiesen. Wenn wir die Entwicklung von Nettogewinnen (Bruttogewinn abzüglich Steuern) und Nettolöhnen ansehen, dann zeigt sich folgendes:

Jahr	Bereinigte Nettoangaben: Gewinn	Lohn
1965	39,4	60,5
1966	39,0	61,0
1967	39,3	60,7
1968	42,6	57,4
1969	41,4	58,6
1970	41,3	58,7
1971	39,9	60,6
1972	40,5	59,5
1973	42,4	57,6

Quelle: Blechschmidt, A., a.a.O.

Die Tabelle zeigt, daß sich das Teilungsverhältnis von Nettogewinnen und Nettolöhnen sogar zugunsten der Unternehmer verbessert hat! Nun sind für den Unternehmer ja nicht die Gewinne vor Steuerabzug maßgeblich, sondern die letztlich verbleibenden Gewinne. Diese sind sogar angestiegen. Das zeigt einmal, daß die Besteuerung der Unternehmergewinne relativ abgenommen hat (da ja stagnierende Bruttogewinne vorliegen, aber steigende Nettogewinne!) und für unsere Fragestellung, daß die steigende Lohnquote nicht für das Nachlassen der Investitionen verantwortlich gemacht werden kann. Die Nettogewinne aber, die Grundlage weiterer Investitionen, sind nicht gesunken.

II. ZU DEN LOHNSTÜCKKOSTEN

Wir haben schon betont, daß über die tatsächliche Kostenbelastung am klarsten die Angabe zu den Lohnstückkosten Auskunft geben kann. Auch hier müssen wir erst prüfen, welche statistischen Angaben unserer Fragestellung genügen. Es geht um die Frage nach der Belastung der Unternehmer durch die Lohnkosten. Deshalb ist es wichtig zu wissen, wie sich der Lohnkostenanteil am Verkaufspreis (der ja die Gewinnspanne miteinschließt) entwickelt hat. Dies ist der unten aufgeführte Index für den Anteil „je Umsatzeinheit" Wenn sich dieser Anteil wenig ändert, dannsagt dies, daß der Unternehmer durch Preiserhöhungen die Lohnerhöhungen auffangen konnte. Meist wird in der Öffentlichkeit mit dem Anteil der Löhne an den Gesamtkosten (die Gewinne nicht mit eingeschlossen) argumentiert. Daran wird nicht deutlich, inwieweit sich die Unternehmer einfach durch Preissteigerungen schadlos halten konnten.

– DAZU DIE GRAPHIK AUF DER FOLGENDEN SEITE –

Zu den gestiegenen Anteilen der Löhne an den Gesamtkosten muß noch bemerkt werden, daß dies noch gar nichts darüber aussagt, ob die Arbeiter tatsächlich mehr an Geld bekommen: Wenn ein Unternehmer weniger produzieren läßt – sagen wir 30 % weniger – dann kann er in der Regel nicht einfach 30 % der Arbeiter entlassen, da viele Tätigkeiten sowohl bei hoher als auch bei niedriger Produktion anfallen. Werden „nur" 20 % Arbeiter entlassen, dann ist klar, daß auf das einzelne Stück bezogen die Lohnkosten steigen. Bei Zunahme der Produktion werden sich die Stückkosten rasch senken, da nun die Unternehmen umgekehrt nicht so viel mehr einstellen, wie die Produktion steigt, sondern mit dem vorhandenen Personal durch verschärfte Arbeitshetze mehr produzieren. Also: Man kann aus gestiegenen Lohnstückkosten nicht automatisch auf gestiegene Löhne schließen. Für die Arbeiter sind gestiegene Lohnstückkosten somit kein zwingendes ökonomisches Argument für die Lohnzurückhaltung!

Aus der obigen Statistik wird deutlich, daß die Unternehmer über Erhöhung der Preise die gestiegenen Lohnkosten einfangen konnten, sie demnach ihre Gewinnspanne kaum verkürzen mußten.

Da in den letzten Jahren die Produktion abnahm, heißt dies, daß die Unternehmer sogar bei rückläufiger Produktion – was gleichbedeutend ist mit Kurzarbeit bzw. Arbeitslosigkeit – ihre Preise erhöhen. Was folgt daraus für unsere Fragestellung? Man kann aus diesen Zahlen nichts für die Frage nach den Ursachen des Produktionsrückganges ablesen. Deutlich wird jedoch, daß die Unternehmer auch in für sie nicht so günstigen Marktsituationen (Rückgang der Nachfrage) die Preise erhöhen können. Daraus folgt für die Lohnabhängigen: auch eine zurückhaltende Lohnforderung kann keine Gewähr dafür bieten, daß die Preise geringer steigen werden. Es wäre folglich falsch, sich mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit sinkender Preise zu geringeren Lohnabschlüssen bewegen zu lassen. Die Unternehmer richten ihre Preise nach ihrer Marktmacht.

III. BEEINTRÄCHTIGT LOHNKOSTENBELASTUNG DIE KONKURRENZFÄHIGKEIT AUF DEM WELTMARKT?

Immer wieder wird bejammert, daß „unsere" Konkurrenzfähigkeit auf dem internationalen Markt durch die enorm gestiegenen Lohnkosten gefährdet sei. Nun sind tatsächlich die Lohnkosten in der BRD in den Jahren seit 1969 relativ zu den anderen wichtigen kapitalistischen Ländern stark angewachsen. Nur sagt der Anstieg allein noch nichts: man muß angeben, von welchem Niveau aus dieser Anstieg erfolgte und welche Position im Vergleich zu den anderen Ländern die BRD nun einnimmt. Des weiteren muß man auf die Ursachen dieses Anstiegs eingehen.

Zunächst zur Position der BRD-Lohnkosten: wie die Graphik aus der „Süddeutschen Zeitung" (SZ) vom 27./28.9.75 zeigt, steht die BRD am sechsten Platz der nach der Höhe der Lohnkosten gruppierten Länderreihe. Allein hieraus wird schon ersichtlich, daß es so schlimm mit der Gefährdung der internationalen Konkurrenzfähigkeit nicht stehen kann. Des weiteren ist der – zweifellos bestehende – Zusammenhang von Lohnkosten und internationaler Konkurrenzfähigkeit nicht so eng, wie immer behauptet wird: Länder mit – international gesehen – niedrigem Lohnniveau wie Italien und England haben trotzdem laufend Defizite in ihrem Außenhandel.

Das Bild wird noch etwas klarer, wenn man auf die Ursachen der Steigerung der relativen Lohnkosten eingeht: diese liegen weniger darin, daß sich die westdeutschen Lohnabhängigen hohe Lohnerhöhungen erkämpft hat, sondern vielmehr vor allem in den seit 1969 stark veränderten Wechselkursen: die DM ist nach außen mehr wert geworden, d.h. man muß heute mehr Dollar für eine Mark zahlen als früher. Diese DM-Aufwertungen erhöhten natürlich auch den „Außenwert" der in deutschem Geld gleich gebliebenen Löhne. Also auch bei unverändertem Lohn hätten sich international gesehen die

Löhne und Gehälter

gemessen an Gesamtkosten

Index

145, 140, 135, 130, 125, 120, 115, 110, 105, 100

1971, 1972, 1973, 1974, 1975

gemessen am Umsatzerlös (Preis)

Index

108, 106, 104, 102, 100, 98, 96, 94

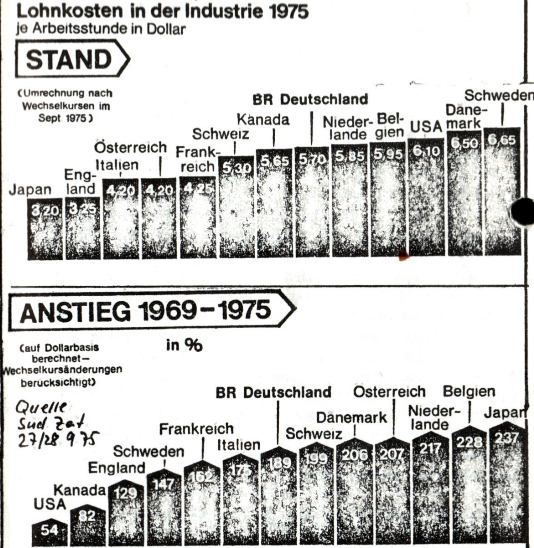
1971, 1972, 1973, 1974, 1975

Quelle: Bundesbank-statistische Beihefte, Okt. 75

Lohnkosten der BRD erhöht. Diese Wechselkurserhöhung hat dazu beigetragen, daß der Außenhandel auf etwas realerer Grundlage ab läuft und nicht mehr zu einem „falschen" Wechselkurs. Dieser falsche Wechselkurs hat jahrelang der Exportwirtschaft zu zusätz lichen Extragewinnen verholfen.

Die jetzige Situation hat also nichts mit einem „Erschweren" des Exports zu tun,sondern stellt nichts anderes als normale Austauschverhältnisse her. Damit muß sich die Exportindustrie auseinandersetzen. Das ist eine stinknormale „marktwirtschaftliche" Situation. Jene, die immer soviel von Marktwirtschaft schreiben, werden selbst damit fertig werden müssen.

Nun ist sicherlich zu erwarten, daß sich die Exportindustrie durch Senken der Lohnkosten für die entgangenen Extragewinne schadlos halten will. Dies steckt hinter der Klage von der Gefährdung der internaitonalen Konkurrenzposition. Diese Anpassung an die „normale" Profitspanne wird das Kapital nicht freiwillig vollziehen. Nur über die Widerstände der Lohnabhängigen ist zu erreiche, daß sich die Exportindustrie mit den ganz „normalen" Profitspannen zufrieden gibt.



ERGEBNIS

Unsere nähere Betrachtung der unternehmerischen Kampfparole von der gestiegenen Lohnquote und der daraus angeblich entspringenden Krisensituation hat gezeigt:

1. Das im Gewand wissenschaftlicher Sachlichkeit aufgetischte Argument hält einer Überprüfung nicht stand. Die die Kostenbelastung der Unternehmen am ehesten widerspiegelnde Lohnquote ist nur geringfügig angestiegen. Dies kann nicht der maßgebliche Grund für die jetzige Krise sein, vor allem, wenn man sieht, daß die Nettogewinne der Unternehmer immer noch hoch sind.

2. Wir sahen, daß die Unternehmer die gestiegenen Löhne auf die Preise überwälzen konnten. Dies, obwohl die Nachfrage zurück ging. Die Unternehmer ntuzen eben ihre Marktmacht. Deshalb konnte auch dann, wenn die Lohnquote tatsächlich gestiegen wäre, eine Lohnpause keine Gewähr dafür leisten, daß die Preise stabil werden. Es konnte auch nicht erreicht werden, daß die Unternehmer dann investierten und so eventuell Arbeitsplätze schafften.

3. Da die wichtigen Entscheidungen, nämlich die über Preise, Investitionen und Arbeitsbedingungen von den Unternehmern getroffen werden, käme die Preisgabe des Lohnkampfes einer entscheidenden Schwächung der Arbeiter gleich. Unsere Beschäftigung mit dem Argument der Unternehmerseite und die Widerlegung dieses Märchens von der „zu hohen Lohnquote" ist kein Selbstzweck. Es geht darum, auch in dieser Zeit sehr massiv geführten Diskussionen über die „gestiegene" Lohnquote mit der Widerlegung der vorgebrachten Argumente gleichzeitig den Standpunkt der Arbeiter herauszustellen.